

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Rosenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Beretins-Anzeigen:  
für die dreizehnbaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

## Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugdrift- verbreitung und Hausagitation! *va va*

Inhalt: Die Sozialpolitik im neuen Reichstag. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurenbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften: Danzig, Gdansk, Memel. Berichte. Beiträge zum Lehrstuhlwesen. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterchutz. Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 12. März bis zum 24. März soll eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugdrift in allen Gauen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr große Zahl von Personen notwendig. Wir ersuchen daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorständen und Vertrauensleuten bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß rühren kann, darf sich von der Verbreitung der Flugdrift fernhalten. Jedes Mitglied muß sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

### Die Sozialpolitik im neuen Reichstag.

Wie wird der neue Reichstag auf dem Gebiete der Sozialpolitik arbeiten? Diese Frage drängt sich immer mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die bürgerlichen Parteien, die während des Wahlkampfes alle eine „energische Sozialpolitik“ auf ihr Programm geschrieben hatten, taten das der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Sie wissen, was die Arbeiterschaft verlangt, und daß sie für die Parteien am wenigsten übrig haben würde, die sich etwa der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüber von vornherein ablehnend verhielten. Es ist darum sehr natürlich, was auf den ersten Blick befremdend erscheint, daß alle Parteien, sie mögen heißen, wie sie immer mögen, warmherzige Freunde und Förderer der Sozialpolitik zu sein vorgeben. Solche Erklärungen, während der Wahlzeit abgegeben, sind natürlich mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn wenn sie alle eifrig und aufrichtig gemeint wären, so müßte auf dem Gebiete der Sozialpolitik schon so vieles geschaffen sein, daß überhaupt nichts mehr zu tun übrig bliebe. Wir wissen aber sehr gut, daß noch vieles fehlt, und daß eigentlich erst die Anfangs davon vorhanden sind.

Von dem alten, aufgelösten Reichstage wissen wir, daß er in der Sozialpolitik jede kräftige Initiative vermissen ließ. Wohl fehlte es nicht an Initiativanträgen, Resolutionen, Interpellationen usw., aber es fehlte dem Reichstage die Fähigkeit, der Regierung seinen Willen aufzudrängen. Die Regierung kümmerte sich um die sorgfältig ausgearbeiteten Gesetzentwürfe wie um die schönsten Neben dazu keinen Deut. Ihr sozialpolitischer Konzeptionsstube, Graf von Posadowsky-Wehner, sagte eine Sammlung allerlei schön klingender Wörter her, die dann von seinen bürgerlichen Bewunderern jedesmal schon

allein als eine sozialpolitische Tat ausgeschrieben wurde, im übrigen aber blieb alles, wie es war. Nur in einer Beziehung wird man den alten Reichstag loben müssen: er war einigermassen zuverlässig, wenn es sich um die Abwehr aller dreier Verschlechterungen handelte. Eine Einschränkung des Koalitionsrechtes wäre von ihm wohl nie zu erlangen gewesen.

Wie stehen nun die Dinge im neuen Reichstag, der ja so recht nach dem Herzen der Regierung zusammengegeschwündelt worden ist? Darüber ist freilich ein Urteil sehr gewagt, denn die Ziffern der Fraktionen können kaum als feste Werte dabei betrachtet werden. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Konservativen vereinigen alle Parteien mehr oder minder stark voneinander abweichende Anschauungen in sich. Das ist besonders bei den Nationalliberalen und dem Zentrum der Fall. In den freisinnigen Gruppen ist es ebenso; auch dort berühren sich die Extreme: der nationalsoziale Pfarrer Naumann und der Dr. Mugdan mit seinen widerlichen Reichsverbandsmannern. Auf Grund der Fraktionsziffer läßt sich also kaum etwas Positives folgern. Rechnet man die freisinnigen Gruppen, das Zentrum, die Polen und die Sozialdemokratie durchweg als gewerkschaftsfreundlich — was jedoch bezüglich der drei ersten Parteien sehr gewagt ist —, so erscheint wenigstens das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter gesichert zu sein.

Den bürgerlichen Sozialreformerinnen hängt jedoch der Himmel voller Weigen. Sie begrüßen den neuen Reichstag als hervorragend zur Weiterführung der Sozialreform geeignet. So schreibt der Professor Franke in der „Sozialen Praxis“:

„Die Forderung des Tages, die der Reichstangler vor dem Volke aufgestellt hatte: die Erhaltung einer zuverlässigen Wehrheit für nationale Fragen, wird erfüllt werden. Konservative, Christlich-Soziale, Reichspartei, Nationalliberale, Freisinnige der verschiedenen Richtungen, die am 13. Dezember 1906 in der Wehrheit blieben, werden im neuen Reichstag eine Wehrheit bilden. Dessen freuen wir uns auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus.“

Der gute Professor weiß sich vor Freude über den Wahlausfall gar nicht zu fassen. Aber diesem weltfremden professoralen Freudenrausch wird bald eine ungemütliche Ernüchterung folgen. Es liegen sich wohl Gründe denken, warum sowohl die Regierung wie die herrschenden Parteien gerade jetzt eine energische Sozialpolitik betreiben könnten. Sie könnten sich sagen: Nun wollen wir es aber dem Arbeiter einmal zeigen, daß es auch ohne Sozialdemokratie sozialen Fortschritt geben kann, ja, daß es nun besonders schnell vorwärts geht. Möglich ist, daß sich die Hoffnung unserer bürgerlichen Reformer gerade auf dies Argument stützt, das übrigens auch das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften „ins Feld führt, indem es schreibt:

„Nachdem man der Sozialdemokratie diese Niederlage beigebracht hat und alle Welt darüber triumphiert, müßte der neue Reichstag nunmehr den Beweis erbringen, daß ohne die Sozialdemokratie die soziale Reform in Deutschland nicht bloß auch zu machen ist, sondern besser zu machen ist.“

Es ist geradezu albern, wenn man glaubt, dadurch die Sozialdemokratie als „Gemeinschuh“ des sozialen Fortschritts denunzieren zu können. Denn, falls sich die Regierung diesen Gedanken zu eigen machte, wäre es nicht auch wieder ein Erfolg der sozialistischen Kritik? Die „sozialpolitische Unfruchtbarkeit“ der Sozialdemokratie ist zwar eine ständige Publizität in allen gegnerischen Presse-

erzeugnissen, und oft, ja, meistens wird es von Personen nachgefaßt, die nicht die geringste tiefere Kenntnis von der Materie haben, aber wir wissen, wie überaus fruchtbar die Arbeiterbewegung gerade durch ihre Kritik gewirkt hat. Und sollte die Regierung etwa wägen, der Sozialdemokratie keinen größeren Fortschritt zu gönnen, als jetzt eine gute Sozialpolitik in die Wege zu leiten, so mag sie unfernweg immer in diesem Glauben fest bleiben, historische Wahrheit ist doch die: Alles, was wirklich Gutes für die Arbeiterschaft dabei herauskommt, verdankt sein Dasein der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung! Alle jene Leute, die heute den Mund so voll nehmen und tun, als wären sie geradezu die sozialpolitischen Gralshüter, die Franke, Lepsius, Cuno, Trimborn usw., sie wären nicht, was sie sind, wenn sie von uns nicht so unterbittig vorwärts getrieben würden. Allen, die heute etwa in der bürgerlichen Welt sozial denken, hat die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik erst die Gemüser wachgepöpselt.

Während nun die bürgerlichen Reformer von blühenden Weizenfeldern träumen, sind die agrarischen Scharfmacher bereits bei der Disfektion. Vor einigen Tagen hielt die Junterorganisation, der Bund der Landwirte, seine alljährliche Versammlung im Zirkus Busch in Berlin ab, der sich eine zweite Tagung derselben Geister unter dem Titel „Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ angeschlossen. Diese Versammlung der Interessenten des Brotwunders beschäftigte sich auch mit der Sozialpolitik. Da wir leider fortwährend erfahren, welchen unheilvollen Einfluß diese „kleine, aber mächtige Partei“ auf die Entscheidungen des Staatsoberhauptes ausübt, und wie diese ihrerseits wieder allein maßgebend sind für die Reichsregierung, so wiegen jene Verhandlungen viel schwerer als alle Drafelprediche hoffnungsfähiger Professoren. Man wird schon zugeben müssen, daß die Namen Kardorff, Hertel usw. für die Regierung mehr bedeuten, als die von Franke und seinem Anhang. Auf dieser Generalversammlung nahm man folgende Resolution an!

„Es ist anzustreben:

1. Die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungs-gesetze (Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung), die Vereinheitlichung und die Vereinfachung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens.

2. Eine ausgiebige Erschließung der in der A. S. Volkshaus vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit geeigneten Repressivmaßnahmen gegen die gemeingefährlichen Verheerungen der Sozialdemokratie, ohne welche beiden Maßnahmen die sozialpolitische Weiterarbeit, zumal in der Gesetzgebung, heute unmöglich wäre, als dem Sinne der A. S. Volkshaus vom 17. November 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen derselben zuwiderlaufend angesehen werden muß.“

Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwiesen, viel mehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorgemaßnahmen die Weigerung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Belastung vieler Kreise und Erwerbszweige herbeigeführt hat, werden die verbündeten Regierungen ersucht, weitergehende Maßnahmen solange zurückzustellen, bis die A. S. Volkshaus von 1881 mit den dort angegebenen und für unerlässlich erklärten Mitteln durchgeführt und der Erfolg dieser Durchführung in dem von der A. S. Volkshaus erhofften Sinne abgeklärt worden ist, dagegen von einer Arbeitslosenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen.“

Das ist das „sozialpolitische“ Programm der Reaktion. Man fordert dort also:

1. Indirekte Steuern zur Deckung der durch die sozialpolitische Gesetzgebung verursachten Kosten.
2. Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterklasse.
3. Stillstand jeder sozialpolitischen Gesetzgebung.

Inselnweise wenden sich die Junker und Junker-gehilfen gegen eine etwa geplante Arbeitslosenversicherung und die sogenannten kleinen Unfallrenten, die sie als Schnapsrenten bezeichnen. Sie fordern den Wegfall aller Unfallrenten unter 25 pSt. So denken die im Reich maßgebenden Kreise über die künftige Sozialpolitik, und daß die Regierung nicht anders denkt, geht aus den Erklärungen des Reichstagslers hervor, von deren Wortschwall weiter nichts an klaren Bekenntnissen übrig bleibt, als daß man das Gewerkschafts-Knebelgesetz wieder in seiner früheren Fassung einbringen gedenkt. Das ist schon allein eine bessere Deklaration der künftigen Politik als alle professoralen und christlich-nationalen Fakeseln. So schmerzt die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit unter der Reaktion zu leiden haben wird, so heilam wird der Prozeß schließlich enden; denn es gibt kein besseres Mittel, um die ordnungspolitischen Missionen in den Köpfen der Arbeiter zu zerstören.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Vertrauen und Sympathie im Montanergewerbe — Staat und neue Bergwerke — Kolonialaktion an der Berliner Börse — Kredit im industrialisierten Osten — Reichsbank.

Die Abbrückelung und Ausschöpfung in den alten Syndikaten vollzieht sich unausgesetzt weiter; der produktivste Teil der Eisenindustrie gewinnt in den Montanergewerben, gleichfalls an Ausbreitung und Einfluß. Das letzte Beispiel hierfür, die Verneinung der Altengessellschaft „Phönix“ zu Duisburg-Mühlort mit dem Eisenerz-Steinlohnbergwerk „Nordstern“, ist zugleich einer der schlagendsten Fälle für die ganze Entwicklung.

Bereits im September vorigen Jahres, suchte der „Phönix“ die Fesseln des Stahlwerksverbandes, in den er von Anfang an widerwillig eingereiht war, betreffs der Menge des zugebilligten „Zukunft“-Rohstoffes zu lockern. Die Versorgung mit Rohstoff und Halbzug durch den Verband genügt dem Duisburg-Mühlorter Werk durchaus nicht; vor allem die Betriebe in Hamm vermochte es nicht dazuliegen, wie es die stetig steigende Konjunkturhochflut immer mehr wünschen ließ. So schritt man denn im September zur Erweiterung des Förderwerks- und Gütervereins. Die Unabhängigkeit von den Einschränkungen des Stahlwerksverbandes war damit, was die Halbzugversorgung anbelangt, erreicht: sowohl in Produkten der Klasse A wie der Klasse B war die neue Vereinbarung über alle Beteiligten konform. Im Verband hinausgeschritten, sogar über Krupp und Thyssen. Sehr bald jedoch wurde ein ähnlicher Gegenstand des Riesenunternehmens zum Rohlen-Syndikat lebendig. Obwohl man (1905/06) über nicht weniger als 1176.113 Tonnen eigener Kohlenförderung zu verfügen in der Lage war, kam man damit bei weitem nicht aus und das Kohlen-Syndikat als Lieferant blieb unzulänglich bei seiner Schwerbeweglichkeit und seiner Gebundenheit an die verwickelte Syndikatsordnung. Auf der anderen Seite empfand der „Nordstern“, dessen Angliederung an die Phönixbetriebe jetzt angeklagt wird, bitter seine unfreiwillige Stellung als reines Kohlenwerk, mit all den dafür geltenden Sonderbeschränkungen infolge des „Konstruktionsfehlers“ im Kohlen-Syndikat; das Gütergeden dagegen, das heißt in Verbindung mit einem Güterunternehmen, war eine gesteigerte Ausnutzung der Brennstoff-Leistungsfähigkeit möglich — die Beteiligung beim Kohlen-Syndikat ist auf knapp 24 Millionen Tonnen angelegt; etwa 1 Million Tonnen mehr kann der „Nordstern“ bereits mit seinen jetzigen Anlagen zu Tage schaffen. So erscheint die neue Riesenkombination zwischen „Phönix“, „Sörbe“ und „Nordstern“, die Vereinigung der Gewinnung der Brennstoffe, der Rohstoffe und des Halbzuges mit der Güterverarbeitung, fast wie eine selbstverständliche, unausweichliche Folge aus den gegebenen Voraussetzungen: der große kombinierte Trust schält aus den Einzel-Syndikaten verschiedene Betriebe für sich heraus und ballt sie zu neuen produktiven Verbindungen zusammen, die innerlich der alten, auf andere Verhältnisse zugeschnittenen Syndikatsordnung sich entfremden, äußerlich jedoch den Zusammenhang damit nicht lösen. Alles in allem würde der Kapitalsturz des neuen Unternehmens etwa 240 Millionen Mark betragen: 200 Millionen Aktienkapital, die Aktien zur 200 pSt. in Rechnung gestellt (heutiger Kurs „Phönix“ 219) — das übrige Obligationen der drei Teil-Unternehmungen.

Nun liegen jedoch ähnliche weitere Projekte schon in der Luft. Die bisher nur als losere Interessengemeinschaft bestehende Verbindung zwischen der Eisenindustrie, Bergwerksgesellschaft, dem Schaller Grubenverein und dem Wäcker Güteraktienverein „Rote Erde“ soll ebenfalls den Charakter einer Fusion annehmen — sie würde etwa 330 Millionen Kapital (Kurswert) repräsentieren. Endlich scheint die Garpener Bergwerksgesellschaft gleichfalls ihrer Rückbildung als reine Kohlenzeche überdrüssig zu sein; als Helfers-Helfer kämen hier zunächst die Bombacher Güterwerte in Betracht; manche sehen jedoch sogar den Bochumer Gußstahlverein sich anschließen. Auch dieser Trust würde einige hundert Millionen Mark Kapital darstellen. Und mancher sieht schon die Früchte von Trust zu Trust geflagelt! Was wird dann aus den alten, auf einfacheren Unternehmungen ruhenden Syndikaten werden?

Ohne sonderliche Aufregung haben bisher die Interessenten das dem Abgeordnetenhaus vorgelegte neue preussische Gesetz angenommen, das (in Form einer Berg-

gesetznovelle) dem Staate in Zukunft die Zwingmaßnahmen neuer Bergwerksbetriebe vorbehalten will. Nach den Erfahrungen mit der preussischen Berg-Gesetzgebung, die das Rotations- und Energie- und mit gleichem Erfolg weiterzuführen werden. In unsere aufrechten Glückwünsche gestalten wir uns die Versicherung zu knüpfen, daß der Zentralverband es als eine seiner ersten Pflichten ansieht, Euer Durchlaucht, wie bisher, so auch in Zukunft in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie mit aller ihm eigenen Kraft zu unterstützen.

Mit vollkommener Hochachtung und Ehrerbietung  
Des Zentralverbandes deutscher Industrieller.  
gez. R. Vopelius. gez. S. H. Vued.  
Vorstand. Generalsekretär.

Selbstverständlich hat Bülow umgehend diesen Glückwunsch beantwortet, wozu bemerkt werden muß, daß der Zentralverband der Industriellen die Scharfmacherorganisation par excellence ist. Die Väter der Buchhausbörse sind seine leitenden Männer, und der Zentralverband steht heute noch im Lager der Tarifvertragsgegner. Er ist gewissermaßen der Kristallisationspunkt aller arbeitenden Klassen in Deutschland. An diese Organisation also richtete unser kürzlicher Brief Antwort:

Das verehrliche Direktorium bitte ich für die mir im Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Ergebnis der Reichstagswahlen, ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche und das gleichzeitige, opferfreudige Eintreten für die nationale Sache im Wahlkampf meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Ich möchte dabei feststellen, daß der vorläufige mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete. Das nationale Bürgerrecht hat vielmehr durch sein Votum gegen die Sozialdemokratie auch eine parlamentarische Kritik beurteilt, durch deren Anwendung am 13. Dezember v. J. die damalige Mehrheit der Zentrumspartei unter Beihilfe der Sozialdemokratie niedergestimmt wurde. Es biete den Geist der Nation verkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinweggehen wollte.

Die Versicherung, daß der Zentralverband auch in der Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Regierung stehen werde, habe ich gerne entgegengenommen. Dabei vertraue ich auch fernerhin auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Fäden dieser Politik getragen hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der verbundenen Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Wahrung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird.

Mit vollkommener Hochachtung bin ich  
des verehrlichen Direktoriums  
ergebener Bülow.

An das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller Berlin W, Karlshof 4a.

Im Zentralverband wird man herzlich gelacht haben über den Bülowischen Brief, daß die bisher betriebene Scharfmacherpolitik des Verbandes zur Wahrung der wirtschaftlichen Gegensätze beigetragen habe.

Wie aber Bülow dazu kommt, die „Bereitwilligkeit“ gerade des Zentralverbandes anzuerkennen, mit der die Industrie die „Fäden“ der Sozialpolitik auf sich genommen habe, bleibt wohl sein Geheimnis. Nach vor wenigen Jahren hat der Generalsekretär Vued in einer Broschüre den alle Sozialpolitik schroff ablehnenden Standpunkt des Zentralverbandes vertreten und heute lobt der Kanzler die sozialpolitische „Bereitwilligkeit“ dieser Scharfmacher-Gesellschaft! Auch ein Beitrag zur Frage nach der Sozialpolitik im neuen Reichstag.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtet einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem er sich über die Ursachen des Wahlscheiters äußert. Wir entnehmen dem Aufruf folgende Sätze:

Die Massenengpässe haben sich in den letzten Jahren sehr verschärft. Die Kämpfe, die in den Gewerkschaften organisierten Klassenbewegungen mit Zug und Recht führten, um eine überaus günstige Prosperitätsperiode für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, hat uns diejenigen Scharfmachermeister weggerissen, die in ihrer beschränkten Unternehmenseinstellung die Verdrängung dieser Verbesserungen nicht begreifen konnten. Die Massenansammlungen der Arbeiter in den verschiedenen Vereinen und Gewerkschaften durch die Unternehmer haben auch auf Seiten der Arbeiter die Stimmung verberbt und die Kluft zwischen ihnen und der Unternehmenseinstellung erweitert. Ferner hat die Beseitigung dieser sozialistischen Organe für die Unternehmer und gegen die Arbeiter, wie sie in zahlreichen Gewerkschaften verstreut waren, eine größere Anzahl Gerichte zum Ausdruck, die verbundene Verdrängung noch gesteigert.

Ein anderer Grund des Abfalls als Wähler von der Sozialdemokratie ist, daß große Kreise Scharfmacher der Arbeiter-Kommunerbewegung als ihren Feind ansehen, die in den letzten Jahren in zahlreichen Städten und Bezirken sich lebhaft entwickelten. Vor mehr als vier Jahrzehnten, als Scharfmacher und seine dem Wählerum verhassten Lehren predigte, hat zwar das Bürgerium selber den Arbeitern geraten, durch Kommunerbewegung ihre soziale Lage zu verbessern, und der Menschheit dieser Lehre, Scharfmacher, war der Zeit und Ort der Bürgertums. Aber das ist lange her. Der Bürger fordert heute ebenfalls, daß der Staat alles Mögliche zu seinem Schutz und Wohlfahrt tue, aber daß der Arbeiter mindestens das gleiche Recht auf Schutz und Beförderung seiner Existenz hat und vor allen Dingen auch das ihm gesetzlich zustehende Recht der Genossenschaftsbildung ausüben darf, das begreift er nicht. Tui das der Arbeiter, so wird gar mancher Krämer und Händler sein Feind. Er rät am Arbeiter, was er sich, wenn

Das starke Umwachen der Sozialdemokratie, die außerordentliche Zunahme der für diese Partei bei den Wahlen des Jahres 1903 abgegebenen Stimmen und ihrer Vertreter im Reichstag sind von uns mit wachsender Beforgnis wahrgenommen worden. Der von uns vertretene Zentralverband deutscher Industrieller hat überhaupt niemals die großen Gefahren verkannt, mit denen das Treiben der Sozialdemokratie und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen den Staat, die Gesellschaft, die Arbeit des Volkes und damit ganz besonders das wirtschaftliche Gedeihen der Nation bedroht. Der Zentralverband hat daher als eine seiner vornehmlichsten Aufgaben den mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu führenden Kampf gegen die Sozialdemokratie betrachtet. In diesem Sinne sind die Mitglieder des Zentralverbandes auch, unter Betätigung einer außerordentlichen Opferwilligkeit, mit Eifer und Energie in den nun hinter uns liegenden Wahlkampf eingetreten. Wir sind stets überzeugt gewesen, daß Euer Durchlaucht die vorerwähnten Gefahren vollkommen erkannt haben; tiefer im Laufe der Zeit und bei verschiedenen Anlässen von Euer Durchlaucht gegen die Sozialdemokratie geäußerten starken Worte erkennen die Mitglieder unserer Überzeugung. Wer sich ein objektives Urteil über die Machtverhältnisse der Parteien und deren Grundlagen und Stützpunkte bewahrt und die einzig mögliche Entwicklung sich mit einiger Klarheit vor Augen gehalten hat, der mußte erkennen, daß der von Euer Durchlaucht, unter einmütiger Zustimmung der verbundenen deutschen Regierungen, mit der Auflösung des Reichstages aufgenommene Kampf einzig gegen die vaterlandslose, kulturfeindliche Sozialdemokratie gerichtet sein konnte und in der Tat gerichtet war. Das Ergebnis der nunmehr beendeten Wahlen, die schwere Niederlage der Sozialdemokratie, bezeugt, daß Euer Durchlaucht den nationalen gesinnten Wählern diejenige Aufgabe gestellt hatten, durch die allein alle, auch die sonst Lässigen, zur äußersten Anstrengung und Pflichterfüllung bei den Wahlen aufgerufen werden konnten. Zu diesem großen Erfolge, zu dieser rettenden Tat gehalten wir uns im Namen des Zentralverbandes, Euer Durchlaucht in wärmster Weise zu beglückwünschen. Dabei geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Euer Durchlaucht nach diesem hochbedeut-

Der Glückwunsch der Scharfmacher. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat anlässlich des Ausfalls der Reichstagswahlen nachstehende Glückwunschadresse an den Reichstagsler Fürst Bülow gerichtet:

Berlin, 10. Februar 1907. Mag Schippel.

Politische Umschau.

Der Glückwunsch der Scharfmacher. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat anlässlich des Ausfalls der Reichstagswahlen nachstehende Glückwunschadresse an den Reichstagsler Fürst Bülow gerichtet:

Berlin, 10. Februar 1907. Mag Schippel.





Zur Unterstützung und Erleichterung der Agitation geben wir eine Flugchrift, 16 Seiten stark, heraus. Die Flugchrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verband nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar erhalten durch die „Grundstein“-Verbreiter und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir ersuchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hiervon Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugchriftverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgezeichnet und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugchriften ins Haus tragen und diese mündlich zu bewegen suchen, sich dem Verbande anzuschließen.

Neben der Hausagitation ist mit Beginn der Baufaison auch eine lebhaftige Agitation auf den Bauplätzen zu betreiben und zu dem Zweck das Baudelegiertensystem allgemein einzuführen. Auf jedem Arbeitsplatz, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muß ein Baudelegierter vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baudelegierten und Hausagitatoren keine Aufnahmegebühren, die bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen.

Die Flugchrift verbreiten wir so früh, daß sie sich spätestens am 15. März in Händen der Zweigvereinsvorstände befindet.

Die Gewandheiten ersuchen wir um Mitteilung, wieviel Exemplare der Flugchrift für Organisierte und Nichtorganisierte nach den einzelnen Zweigvereinen zu senden sind und wieviel Exemplare sie selbst wünschen. Diese Mitteilung muß uns aber umgehend gemacht werden, damit wir die Auflage der Flugchrift feststellen können.

**Krankenunterstützung** wird an unterstützungsberechtigte Mitglieder vom 1. März an gezahlt.

Unterstützungsberechtigt sind nur solche Mitglieder, die

- a) dem Verbandsverbande mindestens zwei Jahre angehört und für 80 Wochen Beitrag gezahlt haben und
- b) von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungs-Gesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen.

Das Mitglied hat unter Vorbringung der nötigen Atteste die Krankheit innerhalb acht Tagen dem Zweigvereinsvorstande, und dieser innerhalb dreier Wochen dem Verbandsvorstande zu melden. bezw. melden zu lassen. Geht die Krankheit nicht, so wird für die über drei Wochen zurückliegende Krankheitsdauer keine Unterstützung gezahlt.

Die Kosten für ärztliche Atteste muß das Mitglied selbst tragen.

Die Unterstützung wird erst vom achten Krankheitstage an gezahlt.

Bei Mitgliedern, die am 1. März schon länger als sieben Tage von einer Krankenkasse Unterstützung beziehen, fällt diese Karenzzeit fort, und für solche, die weniger als sieben Tage krank sind, verkürzt sich die Karenzzeit um die Dauer der Krankheit.

Zur Abgrenzung verweisen wir auf die Bestimmungen des Verbandsstatuts.

Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erteilung der Geldscheine ist folgendes zu beachten: 1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.

2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsberechtigung vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied

- a) dem Verbandsverbande zwei Jahre angehört und mindestens 80 Wochenbeiträge gezahlt hat;
- b) von einer Krankenkasse Unterstützung bezieht;
- c) seine Verbandsbeiträge voll bezahlt hat, und
- d) ob seit Beginn der Krankheit sieben Tage verstrichen sind.

3. Ist die Berechtigung zur Unterstützung festgestellt, dann ist dem Verbandsvorstand das Mitgliedsbuch, des betreffenden Mitgliedes und eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Krankheit zuzuführen. Das Mitgliedsbuch muß in Ordnung, die laufenden Beiträge bis zur letzten Woche, gezahlt und die Bescheinigung muß von der Krankenkasse oder dem Arzt ausgestellt sein.

4. Nach Zufindung der unter 3. genannten Ausweise stellt der Verbandsvorstand die Höhe der Unterstützung fest und erteilt die Zahlungsbefehle. Ohne eine solche Anweisung darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

**Sterbegeld** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 10. bis 16. Februar 1907 für folgende Mitglieder erteilt:

Joh. Jütters - Karlsruhe, Verb. Nr. 161 855; Joachim Gerloff-Hamburg (Frau); 28 573; Hermann Schmidt-Berlin (Frau); 109 203; Wilhelm Jahn-Berlin; 339; Heinrich Wichmann-Hannover (Frau); 82 945; Fritz Seemann-Gr.-Bodern (Frau); 115 892; Christoff Hartkopf-Stiel; 146 454; Heinrich Schmidt-Bremen; 13 678; Ferdinand Klauke-Billigau (Frau); 169 498; Heinrich Wiele-Hamburg (Frau); 27 154; August Nabel-H-Breslau; 16 359; Albert Riets-Oranienburg (Frau); 92 779; Johann Adenau-Bermelskirchen (Frau); 106 963; Heinrich Schrader-Elze; 127 065; Julius Pfannkuchen-Bodum; 234 188; Ernst Schellhorn-Berlin (Frau); 10 599; Richard Pfeifer-Mühlhaff (Frau); 252 081; Gottlieb Reig-Brennert; 95 348; Heinrich Barten-Roschod (Frau); 97 498; Otto Weber-Hamburg; 14 321.

Geldleistungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassier J. Köhler, Hamburg 1, Weidenbinderhof 56, zu adressieren. Mit jeder Sendung ist auf dem Postschlitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 12. bis 18. Februar 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.  
Vierbaum i. Rosen M. 48,96, Nöbel 130, Tempeln 81,94, Plattling 44,64, Tölz i. B. 31,08, Schweinitz i. Schl. 233,74, Weidenbinderhof 178,18, Rotenburg i. Hamm. 178,19, Lübbenburg 9,40, Weiskau 3, Danzig 43,50, Baaren 6,50.

b) Für Kalender.  
Plattling M. 7,50, Rudolfsbad 25, Tölz i. B. 10.

c) Ein Mahnwort zur Verflüchtigung der Arbeitszeit.  
Breslau M. 2,50, Tölz i. B. 1,50.

d) Für Entsalze.  
Schütz M. 5, Schweinitz 1, Danabrid 2.

e) Bericht der Bauarbeiterkommission 1905.  
Dübsee 70 M.

f) Tarifverträge und Statistiken.  
Waltenried, Dohmsheim, Schierke, Grefeld, Deynhausen, Waltershausen, Bornhöved, Harfförden, Seiborn-Gmünd, Wittmund, Ruffingen, Göttingen, Oranienburg, Wölln, Panitz, Wülten, Randaub, Gehlenfals, Sebnitz und Braunschweig je M. 5.

g) „Geschichte der englischen Arbeit“.  
Langenberg (M.), Nollsch, Volsdam und Dresden je M. 10.

h) Für Einbanddecken.  
Braunschweig M. 3.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben.

Mit verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen August Schab-Berlin (Verb. Nr. 154 121), Paul Wille-Oldau (168 504), Richard Richter-Limbach (260 091), Valentin Weibner-Hamburg (307 401), Gust. Kump-Timmendorp (290 092), Wih. Lubbe-Hörbe (237 383), Ernst Wille-Schafeld (98 510), Karl Meier-Jerlsb. (78 111), Fritz Kornath-Bromberg (56 662), Kolauder-Danzig (235 327), Heinrich Nibbe-Helmstedt (387 124), Otto Klein-Apolda (131 315), Hermann Kummer-Beitzig (388 858), Herrn. Seidenhüder-Großböhningen (441 305), H. Rotermund-Bremen (14 255), Anton Wier-Mainburg (122 468), Peter Rorbach-Frankfurt a. M. (190 651), Heinrich Köhler-Bonn (193 706), Martin Rosenhorst-Basum (434 750), Erich Wank-Stolz i. B. (282 587).

**Anforderung.** Der Kollege Karl Jörn (Verb. Nr. 257 743), geb. am 7. Juni 1876 zu Güttrich, hat sich anscheinend von Berlin entfernt, nachdem er vom Arbeitgeber für sich und seine Kollegen das Geld für gefertigte Yngarbit erhalten hat. Sollte derselbe irgendwo auftauchen oder sonst jemand seinen jetzigen Aufenthalt wissen, so ersuchen wir, Mitteilung an das Bureau der Arbeiter in Berlin O., Sophienstr. 6, gelangen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

## Bekanntmachungen der Gauvorstände.

### Gau Nürnberg.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir den vierten Gattag zu Sonntag, den 21. April, nach Nürnberg. Er findet im Lokale der Nürnberger Cäckerhalle, Hummelsteinweg 24, statt und beginnt Vormittags punkt 9 Uhr.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Gauvorstandes; b) des Kassierers; c) der Arbeiter; d) der Delegierten. 2. Lohnbewegungen und unsere Forderungen. 3. Lohnbewegungen und unsere Forderungen. 4. Anträge, soweit solche in obigen Punkten nicht mit erledigt werden konnten. 5. Wahl des Gauvorstandes.

Wir ersuchen die Zweigvereine, zu dem Gattag Stellung zu nehmen und die Delegierten hierzu zu wählen. Bezüglich der Wahl der Delegierten bestimmen § 8 d. Verbandsstatuts und die §§ 6 und 7 des Gauregulars folgendes:

Zur Vertretung auf den Gattagen ist jeder Zweigverein verpflichtet. Die daraus entstehenden Unkosten haben die Zweigvereine aus ihren Kasseposten zu decken. Reichen die Mittel der Kasseposten nicht aus, so können die Unkosten auf Antrag des Gauvorstandes und im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand aus der Kasse gedeckt werden.

§ 6. Die Zahl der Delegierten zu den Gattagen richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliedszahl bis 100 einen, von 100 bis 300 zwei und für je 300 weitere Mitglieder kann ein Delegierter mehr entsandt werden.

§ 7. Die Wahl der Delegierten hat nur in Mitgliedsversammlungen zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Größere Zweigvereinsgebiete können in Wahlbezirke zerlegt werden.

Die Delegierten haben sich durch ein Mandat und Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Anträge sind bis zum 7. April d. J. an den Unterzeichneten einzubringen. Zum Empfang der Delegierten sind am Bahnhof Kollegen, erkennbar an roten Schleifen, anwesend.

Der Gauvorstand. J. A. Joh. Metzger.

## Jahresberichte der Gauvorstände.

### Gau Danzig.

Im verfloffenen Jahre hatten wir die bedeutendste Bautätigkeit seit dem Jahre 1900 zu verzeichnen. Schon im März war eine größere Nachfrage nach Mauern vorhanden, die sich später noch bedeutend steigerte und bis zum Oktober anhielt. Unsere Vermutungen im vorigen Bericht haben sich völlig bestätigt, so daß bezüglich der Arbeitsgelegenheit nichts zu wünschen übrig blieb. In Meme, Elst und Königsberg waren es besonders Zerstörungsfabriken und Kasernebauten, die eine größere Anzahl Bauhandwerker erforderten. Aber die rege Bautätigkeit war nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande anzutreffen. Die Großgrundbesitzer, die durch den Zolltarif und die Grenzsperrn riesige Geschäfte gemacht haben, konnten nun ihr Bedürfnis nach neuen Wohnungen und Betriebsanlagen befriedigen, so daß fast auf jedem Bauernhofe gebaut wurde. In Graudenz wurden zwei Kaserne und zwei Schulen gebaut, außerdem war die Kanalisation in Arbeit, wodurch wieder die private Bautätigkeit belebt wurde. In Bromberg wurde den ganzen Sommer hindurch flott gebaut. In Danzig dagegen war die Bautätigkeit nur mittelmäßig, da aber durch die viele Arbeit in der Provinz wenig Zugang kam, so war doch fast noch immer Nachfrage nach Mauern. Da oftmals die Nachfrage nicht gedeckt wurde, und Zugang von anderen Landesteilen nicht kam, so haben einige Unternehmer Italiener importiert. Auch nach den meisten Streikorten wurden Italiener geholt, so daß im Laufe des Sommers circa 100 Italiener beschäftigt wurden. Im Oktober war die Bautätigkeit schon ziemlich abgeklaut. In Königsberg war sogar Arbeitslosigkeit vorhanden. Diese Erscheinung hatten wir 1905 nicht zu verzeichnen, sondern da hielt die Nachfrage bis spät in den Herbst hinein an. Da aber der Winter ziemlich streng war, das Thermometer ist hier öfter unter 20 Grad gesunken, und im Baugewerbe ist schon seit Anfang Dezember Ruhe — ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bautätigkeit auch in diesem Frühjahr gleich lebhaft einsetzt. Behaupten läßt es sich aber noch nicht; denn im Herbst waren ziemlich alle größeren Bauten fertiggestellt. Bis auf einige Ausnahmen werden wir aber auch in diesem Jahre wieder eine gute Baukonjunktur bekommen. Die Landarbeit auf dem Lande wird noch lebhaft bleiben; in mehreren Städten sind größere Bauten projektiert und in vielen Städten ist auch eine große Wohnungsnot vorhanden. Dabei ist nicht an Arbeiterwohnungen gedacht, diese werden fast an keinem Orte gebaut. Doch Arbeiter oftmals die Stadt verlassen müssen, weil sie kein Obdach finden können — obgleich sie hier sehr anpruchsvoll sind und mit jeder Kammer vorlieb nehmen — ist etwas Alltägliches und regt die Behörden mehr nicht auf. Aber oft können auch höhere Beamte nicht untergebracht werden, und dann muß doch Platz geschaffen und gebaut werden, wobei dann oft die Stadterweiterungen den Bauunternehmern mit Subventionen befristungen. Daß die Unlust zum Bauen von Wohnhäusern so groß ist, liegt besonders an der Boden-spekulation. Die meisten Bauplätze in den Städten befinden sich auch hier in den Händen der Spekulanten. In Königsberg hat sogar eine Immobiliengesellschaft aus München ganze Güter in der Nähe der Stadt angekauft und zu Bauplätzen parzelliert. Es werden dann so enorme Preise gefordert, daß es nur bei den höchsten Mietpreisen möglich ist, verzinsbare Käufer zu bauen. Da diese Spekulationen in allen höheren Gesellschaftskreisen zu finden sind, wird ihnen wohl das Handwerk nicht so leicht gelegt werden; denn eine Frage hat bekanntlich der anderen nicht die Augen aus. Um den Bodenwucher zu verbergen, wird dann in die Welt geschrien, daß die Bauhandwerker so unverschämte Forderungen stellen und hohe Löhne verlangen, aber nicht viel arbeiten wollten, und daß dadurch die Mietpreise hoch und die Wohnungen schlecht würden. So muß der Bauhandwerker als Misshabiler dienen. Hierbei schlägt man dann gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: man verdeckt seine eigenen Gattereien und hegt zugleich die Behörden und das Publikum gegen die organisierten Maurer auf, so daß bei jeder Lohnforderung schon die nötige Nervosität vorhanden ist, die sich dann auch reichlich bemerkbar macht.

Erstreckungsweise ist es uns auch in diesem Jahre wieder gelungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die noch immer viel zu wünschen übrig lassen, etwas besser zu gestalten. In 22 Lohnbezirken waren Forderungen gestellt. Davon mußte in einem Bezirk auf die Durchführung der Forderung wegen schlechter Baukonjunktur verzichtet werden, in 3 Bezirken erledigte sich die Lohnfrage durch Entgegenkommen der Unternehmer, in 4 Bezirken führten die Verhandlungen zum Ziel, in 10 Bezirken kam es zum Streik und in 4 Orten zur Auslieferung. Von den Streiks endeten 7 mit vollem, 2 mit teilweise Erfolg und 1 ging verloren. Von den Auslieferungen endeten 3 mit vollem und 1 mit teilweise Erfolg. Das spezialisierte Resultat der verschiedenen Orte ist schon in Nr. 52 des „Grundstein“ vom Jahre 1906 veröffentlicht, warum eine Wiedergabe wohl überflüssig ist. Die Zahl der Orte, in denen die Lohnfrage durch Verhandlungen geregelt werden konnte, ist immer noch klein. In den meisten Orten lehnen die Unternehmer jede Verhandlung mit der alten Phrase: „Wir verhandeln nur mit unseren Leuten“ ab. Auch dort, wo es zu Verhandlungen kommt, bringt selten etwas für die Mitglieder heraus. Gewöhnlich bieten die Unternehmer noch weniger, als sie bei einem lofen Arbeitsverhältnis zahlen müßten. Der Grenzstandpunkt, der in den Osterproben noch besonders hervor-gelacht wird, zeigt dann seine Werten. Aber auch Rücksicht und Beschränkung werden oftmals bei freiblicher Lösung unmöglich. Wir müssen uns hier im Osten wohl damit abfinden, daß auch in Zukunft noch recht viel gestreift



werden muß, bevor die Unternehmer zu einer besseren Einwirkung kommen.

Ganz etwas Besonderes hatten sich die Unternehmer in Graubünden, Kanton, Memel und Braunsberg vorgenommen. In diesen Orten wollten sie die Mitglieder ausbilden und ihnen ein allen in allen Dingen nichts gebrannt. Daraus ist nun in allen vier Orten nichts geworden. Die Herren hatten nämlich die Rechnung ohne den Zentralsverband gemacht. Die Graubündner, Unternehmer haben denn auch bald eingesehen, daß sie sich auf dem Holzwege befanden und durch Willkür der Forderung dem Streite ein Ende gemacht. Aber in Kanton, Memel und Braunsberg wollten die Unternehmer entweder siegen oder sterben. Als keine einseitigen Streikbrecher zu haben waren, holten sie Italiener und Bulgaren, so schlecht es auch ging, den ganzen Sommer damit los. Diesen minderwertigen Arbeiterkräften zahlte sie 55 bis 60 3 pro Stunde, also viel mehr, als unsere Mitglieder forderten. Daß die Unternehmer dabei nicht auf Gefahren sind und sich nicht nach vielen solchen Jahren sehen, ist leicht herauszufinden. Dagegen war es unsern Mitgliedern leicht möglich, anderweitig lohnende Arbeit zu erhalten, so daß weder sie, noch die Verbandskasse besonders große Opfer bringen mußten. Die Unternehmer lieferten uns aber bei den Italienern den Beweis, daß unsere Forderungen gerecht waren, und daß sie sie auch gut erfüllen konnten, wenn sie sich nur von ihrer Wessheit und Gabe freimachen konnten.

In Österreich wurden die Unternehmer vertragsmäßig und rechtigten den vereinbarten Lohn. Durch das einmütige Vorgehen unserer Mitglieder wurde ihnen dieses aber bald ausgetrieben. Sie mußten die zehnjährige Arbeitszeit für 1907 und auch eine Lohnsteigerung für 1906 und 1907 zugesichert. In Thon waren auch einige Schwierigkeiten zu überwinden, die die gestellte Forderung durchzuführen. Die Arbeitslosigkeit war nicht besonders günstig, auch hatte die nationalpolitische Sonderbewegung im Gaudium der Unternehmer Wagnis gegriffen. Wie leicht er nachteilig, wollten die Unternehmer diese Dummheit der Arbeiter ausnützen und ihr Geschäft dabei machen. Darum mußten sich die Arbeiter anstatt der geforderten 5 3 mit 3 3 pro Stunde begnügen. Die Lohnbewegung in Danzig, die die größte im Gau war, wickelte sich zum ersten Male auf friedlichem Wege durch Verhandlung ab. Erreicht wurde für alle drei Berufe — Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter — ein Vertragsverhältnis auf drei Jahre und eine Lohnsteigerung von 6 3 pro Stunde für diese Zeit. Ein ausführlicher Bericht darüber ist schon im Juni 1906 im „Grundstein“ erschienen. Im Weidisch und Bogalgebiet, B. S. T. a. r. d. M. e. w. e. E. l. b. i. n. g. und G. u. m. b. i. n. n. mußte einige Wochen gestreikt werden, bevor die Unternehmer die Forderung bewilligten. In all diesen Bezirken sind wesentliche Lohnsteigerungen und auch Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt.

In S. a. n. d. i. b. e. r. g. wäre es notwendig und auch leicht möglich gewesen, den Lohn von 55 auf 60 3 zu erhöhen. Leider konnte aber ein großer Teil der Arbeiter für eine Lohnbewegung nicht gewonnen werden, weswegen auf eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses trotz der guten Konjunktur verzichtet werden mußte.

Aus dieser kurzen Darstellung geht hervor, daß die Lohnbewegung im Berichtsjahre recht reger war, und daß wir auch mit dem Erfolg zufrieden sein konnten. Aber, obgleich in den letzten Jahren recht viel gebessert ist, so müssen wir doch immer noch konstatieren, daß bezüglich der Arbeitszeit noch recht traurige Zustände bestehen. Die Zahl der Orte, wo noch länger als 10 Stunden gearbeitet wird, ist noch sehr groß, und auf den Dörfern, wo in den letzten Jahren eine große Anzahl Arbeiter beschäftigt wurden, wird oftmals noch 12 bis 13 Stunden gearbeitet. Daran sind aber nicht nur die Unternehmer, sondern oftmals auch die Arbeiter schuld. Manches könnte hier mit Leichtigkeit gebessert werden, wenn die Kollegen nur ernstlich wollten.

#### Mitgliedsbewegung seit der Einrichtung des Gaus.

Jahr	Zweig- vereine	Zahl der Mitglieder	Zahl der Mitglieder				Durch- schnitt pro Jahr	Verante- wortliche Männer
			1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
1902	20		1242	1775	2277	2387	1920	52362
1903	31		2679	3284	3440	3205	3152	104546
1904	39	6	3639	4239	4451	3765	4024	138571
1905	33	20	3662	4070	4649	4689	4268	155179
1906	30	36	4800	5123	5519	5329	5193	189534

Die Mitgliedsbewegung war seit dem Bestehen des Gaus und auch im verflochtenen Jahre eine steigende. In den vorhergehenden Jahren hatten wir immer im vierten und ersten Quartal Rückschläge zu verzeichnen, im Berichtsjahre aber erfreulichste Weise nicht; diesmal stieg die Mitgliederzahl beständig von Quartal zu Quartal. Wenn auch zum Teil der milde Winter 1906 und 1906 dazu beigetragen hat, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Situation auch hier immer mehr abnimmt. Die Kollegen, die erst zwei bis drei Jahre Mitglieder sind, lernen den Wert der Organisation allmählich kennen und sorgen dafür, selbst wenn sie am Arbeitsort nicht wohnen, daß ihnen ihre Mitgliedschaft erhalten bleibt. In den ersten Jahren war dies nicht so.

Die Zahl der Zweigvereine ist durch Verschmelzung mehrerer Vereine zu einem kleiner geworden, die Mitgliederzahl ist dagegen um 870 gestiegen. Zwei Vereine haben sich aufgelöst, fünf Vereine sind mit anderen verschmolzen und ein Verein ist neu gegründet worden. Das ist in vielen kleineren Orten oftmals an passender Kollegen fehlt, die die nötigen Verwaltungsarbeiten ausführen können, und teilweise auch die Angst vor den Unternehmern sehr groß ist, so haben wir von Neugründungen von Zweigvereinen soviel wie möglich Abstand genommen. Dafür wurden Zahlstellen gegründet, weshalb die Zahl der Zweigvereine immer kleiner wurde, die Zahl der Orte, wo der Verband Mitglieder hat, aber bedeutend zugenommen hat. Außer den 30 Zweigvereinen bestehen noch 30 Zahlstellen.

Die „Christlichen“ wollen besonders in Ostpreußen an Mitgliedern gewinnen haben. Ihre Mitglieder haben sie zum größten Teil in Königsberg und Allenstein, in anderen Orten ist wenig von ihnen zu spüren. Gewöhnlich kommen

sie auf Schleichwegen, besonders bei Lohnbewegungen, wo sie dann, ihre Veranlassung entsprechend, im trüben zu fischen versuchen. Meistens lassen sie keine Spur zurück als einige großsprecherische Berichte in der „Bauergewerkschaft“. Also viel Geld und wenig Bollen. Die Kolle, die die „Christlichen“ in Königsberg spielen, ist bekannt. In Allenstein wird sie am besten dadurch gekennzeichnet, daß dort, trotz der guten Konjunktur, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen in ganz Ostpreußen herrschen! In Westpreußen blühen die Christlichen ziemlich im Verborgenen. Nur in Poppel haben sie es fertig gebracht, zu bewirken, daß ihre Löhne um 4—6 3 pro Stunde niedriger sind als die der Zentralverbändler. Wenn sie so weiter arbeiten, können wir schon zufrieden sein. Die „Fagabteilungen“ haben in Elbing einen Beamten eingesetzt. Ob sie Mitglieder haben, ist nicht bekannt. Die Polen haben im letzten Jahre bekanntlich ebenfalls Gewerkschaften gegründet und versuchen jetzt, sich bei den holländischen Unternehmern als die arbeitslosen Kinder zu empfehlen. Was aus diesen merkwürdigen Gebilden werden wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Anarcho-Socialisten frischen ihr Dasein in der Stärke eines Statlubs noch in Königsberg. An Wirtschaft fehlt es also im Gau Osten nicht. Aber trotzdem können wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken; denn der größte Feind, der Unterstand der Massen, weicht auch hier, das beweist die Entwicklung unserer Organisation in den letzten Jahren.

Aber den Bauarbeiterkämpfen ist nicht viel Erfolgreiches zu berichten. Die Behörden erlassen wohl Verordnungen, aber deren Durchführung kümmern sie sich nicht viel. Würden hier im Osten die Bauarbeiterkämpfe mit der halben Energie überwacht und durchgeführt werden, wie die Vereins- und Verschmelzungsgesetze, dann würde manches Arbeiterleben gerettet werden. Aber leider, wie bedeutungslos ist hier ein Arbeiterleben; es sind ja immer noch andere als Elend da. Es leben; es sind ja immer noch andere als Elend da. Die Unternehmer tun aus eigenem Antriebe nichts, um Unfälle zu verhüten. Es wird noch manches Arbeiterleben kosten und noch recht viel Aufklärung bedürfen, bevor hier einigermaßen Ordnung geschaffen wird. Von den Behörden, Berufsvereinigungen und Unternehmern ist nicht viel zu erwarten.

Wird noch manches Arbeiterleben kosten und noch recht viel Aufklärung bedürfen, bevor hier einigermaßen Ordnung geschaffen wird. Von den Behörden, Berufsvereinigungen und Unternehmern ist nicht viel zu erwarten. Wohl hat sich unsere Organisation in den letzten Jahren auch recht erfreulich entwickelt, doch wir dürfen nicht übersehen, daß immer noch recht viel zu tun übrig bleibt, und daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind, bevor wir den größten Teil der hier ansässigen Arbeiter organisiert haben. Besonders ist es noch immer die Sozialfrage, die uns die Arbeit ganz gewaltig erschwert. Hier sind nicht allein die ständischen politischen Schereereien zu überwinden, sondern auch der Sozialmangel, der in vielen Städten vorhanden ist, und die Arbeitslosigkeit der Arbeiter spielen eine große Rolle dabei. In vielen Städten sind nur ein oder zwei Lokale, die entweder vom Militär oder von den Speichbürgern zu frequentiert werden, so daß der Arbeiter gar nicht auf Arbeitertumhaft angewiesen ist, sondern die Arbeiter lieber gehen als kommen sieht. Selbst in größeren Orten, wo wir ein Lokal gefunden haben, ist es schwer, dies zu erhalten. Die Arbeiter kommen wohl zu Versammlungen, aber ihre Pläne, berechnen sie für gewöhnlich in den Schereereien, aber nur sehr kleine Einnahmen. Daß er unter diesen Umständen bald wieder verläßt, andere Kunde zu erlangen, ist leicht erklärlich. Am besten haben sich die gemieteten Klammern öfters Schankwirtschaft bewahrt. Leider ist es aber auch oft schwierig, einen passenden Raum zu finden, und auch die Aufrechterhaltung des Raumes ist nicht immer leicht. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß sich in nächster Zeit auf diesem Konsumorganisationsfeld. Besser wird natürlich, so viele Schwierigkeiten nicht, daran, denen macht man so viele Schwierigkeiten nicht. Weiter wird uns die Agitation dadurch erschwert, daß viele Arbeiter in kleinen Städten und Dörfern wohnen und Maurer arbeiten. Auf dem Lande sind wohl ebenso viele Arbeiter beschäftigt wie in den Städten. Eine genaue Feststellung besitzen wir noch nicht, denn wir haben in vielen Dörfern noch keinen Einfluss. Vieles ist gelang, es uns in diesem Jahre, das Werk unserer Organisation, so weit auszu dehnen, daß wir in allen Eden Anhaltspunkte gewinnen und dann die Bezirkseinteilung weiter ausdehnen können. In einigen Orten haben wir den Anfang damit gemacht und ganz gute Resultate erzielt, unter anderem in Danzig, Kanton, Graubünden, Bromberg und Königsberg. In diesen Orten haben wir ganze Zahlstellen, die nur aus Landmaurern bestehen. Dagegen fehlt uns fast in ganz Ostpreußen, mit Ausnahme von Königsberg, jeder Einfluss auf die Landmaurerei. Hier müssen die Mitglieder in den verschiedenen Zweigvereinen noch recht viel mithelfen. Besonders in den umliegenden Dörfern des Vereinsortes muß die Agitation noch viel lebhafter betrieben werden als bisher. Daß alle diese kleinen Orte von den angestellten Kollegen bearbeitet werden können, wird niemals auszuführen sein, an dieser Arbeit müssen eben alle agitatorisch befähigten Kollegen teilnehmen. Daß es möglich ist, auch diese Kollegen für unsere Sache zu gewinnen, dafür haben wir nicht nur in anderen Gauen Deutschlands den Beweis, sondern auch schon in Danzig. Hier wird es nicht allzulange dauern, dann werden auch alle Kollegen, die auf den Dörfern wohnen und arbeiten, dem Verbande angehören. Was aber hier möglich ist, muß anderwärts auch möglich sein, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Darum müssen sich besonders die Zweigvereinsvorsitzende mit dieser Frage beschäftigen und alle Sonntage aufs Land geben und die Kollegen auffuchen und aufklären. Wird dieser Rat befolgt, dann werden wir auch diese schwere Arbeit mit gemeinsamer Kraft überwinden, und es wird gar nicht allzulange dauern, dann werden wir selbst den zurückgebliebenen und so sehr gemachteten Landmaurern wieder etwas Hoffnung auf Verbesserung beibringen und sie für den Verband gewinnen.

Unsere Kraft wird dadurch ganz gewaltig gestärkt und unsere Mitgliederzahl vermehrt. Bezüglich der Verwaltungsarbeiten hat sich auch im Berichtsjahre manches gebessert. Allmählich finden sich an allen Orten Kollegen, die so viel Lust und Liebe für unsere Bestrebungen gewonnen haben, daß sie auch noch etwas Arbeit nicht zurückzureden. Wir können mit Recht sagen, daß die bestehenden Vereine im verflochtenen Jahre erheblich besser ausgebaut und bestärkt worden sind. Betrachten wir all die Hindernisse, die zu überwinden sind, dann können wir mit den Erfolgen zufrieden sein, denn es ging trotz alledem wieder vorwärts.

#### Jahresabrechnung für 1907.

##### Einnahme.

Kassenbestand am Schlusse des vorigen Jahres	M. 168,26
Vom Verbandsdortland auf Grund des Statuts	2781,—
erhalten	1878,41
Zufluss vom Verbandsdortland	1080,90
Einlagen für Streits zurück	924,10
Beiträge der Zweigvereine	269,—
Sonstige Einnahmen	6,—
Summa	M. 6818,67

##### Ausgabe.

Gehalt	M. 2160,—
Entgangener Arbeitsverdienst	87,26
Dienste	1757,—
Fahrtgeld	1554,90
Druckkosten und Zitrungen	128,47
Büro- und Schreibmaterialien	119,35
Bureaumiete, Heizung, Mienkosten, Heizung und Licht	269,—
Reisekosten	10,66
Versicherungsbeiträge	43,—
Summa	M. 6129,69

##### Abschluß.

Einnahme	M. 6818,67
Ausgabe	6129,69
Bestand am 1. Januar 1907	M. 689,05

Carl Schwarz, Vorsitzender.

Beisitzer:

Franz Treinys, Carl Bromagel, Wilh. Müd.

#### Gau Ostlich.

Das Jahr 1906 war für unseren Gau sehr bewegt. Durch die fast überall vorhandene gute Baukonjunktur zeigten die Kollegen eine noch nie dagewesene Regsamkeit, die Löhne, die zum Teil erheblich niedriger waren, zu erhöhen, sowie auch die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen. Es wurden in 28 Lokalgemeinden Forderungen gestellt. Das Erfreulichste ist, daß sich der Gauvorsitz in seinem dieser Orte ausbreitenden Bereiche, um die Kollegen anzusprechen. Der Gang nach Verbesserung der Lebensverhältnisse kam ganz von selbst aus den Kollegen heraus, mit hervorgerufen durch die allgemeine Verteuerung der allerersten Lebensmittel. Die Lohnbewegungen waren also nicht durch auswärtige Heber angereizt, wie das von unseren Gegnern noch immer gerne behauptet wird. Sämtliche Lohnbewegungen wurden mit Ausnahme von Ostlich und Punglau, mit mehr oder weniger Erfolg durchgeführt. Zur besseren Übersicht lassen wir hier die Veränderungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis gegenüber dem Jahre 1905 in einer Tabelle folgen. Diese zeigt auch, was uns noch bezüglich der Verkürzung der Lohnes und ebenso auch bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit zu tun übrig bleibt. An Vertragsabschlüssen sich unsere Unternehmern noch immer nicht gewöhnen. Jedoch scheint auch auf diesem Gebiet Verbesserung einzutreten. Beiträge wurden abgefordert: in Glogau auf zwei Jahre, in Ragnitz auf zwei Jahre, in Neugersdorf auf ein Jahr und in Zittau auf zweieinhalb Jahre.

Lohnbezirke	Zahl der		Lohn pro		Arbeitszeit	
	Orte	Männer	1905	1906	1905	1906
Bautzen	31	288	33	38	11	11
Brensdorf, O.S.	21	70	27	31	11	11
Punglau	31	230	34	35—36	10	10
Königsberg-Griehberg	29	220	36	38	10	10
Gumwald	4	37	28	31	11	10
Freiwaldau	7	24	32	34	11	11
Freysadt	24	95	30	32	11	10
Glogau	22	370	35	38	10	10
Goldberg	29	188	31	33	11	11
Ostlich	24	353	40	42	10	10
Pungau	30	87	34	36	11	10
Langensalza	5	31	30	33	10—11	10
Rebau	27	180	30	33	11	10
Neuenberg	15	95	34	37	10	10
Neuenberg	29	101	34	37	11	11
Neuenberg	64	444	38	40	10	10
Neuenberg	6	275	30	34	10	10
Neuenberg	37	66	30	32	11	11
Neuenberg	14	134	29	34	10	10
Neuenberg	23	152	26	32	10	10
Neuenberg	18	104	27	30	10	10
Neuenberg	9	450	33	37	10	10
Neuenberg	6	18	28	34	11	10
Neuenberg	18	126	33	35	11	10
Neuenberg	25	130	32	34	10—11	10
Neuenberg	27	144	27	34	11	10
Neuenberg	21	105	35	38—40	11	11
Summa	596	4447	—	—	—	—

Die Lohnbewegung ging natürlich auch nicht ohne Streiks und Ausperrung ab. In Bautzen hatten die Unternehmern unsere Forderung von 40 3 Stundenlohn und zehnjährige Arbeitszeit sowie einige andere Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses rundweg abgelehnt. Demzufolge wurde am 26. Mai von zwei Dritteln der Bauarbeiter die Arbeit eingestellt. Ein Drittel blieb als Helfershelfer der Unternehmer im Kampf gegen die eigenen Kollegen bei der Arbeit. Während des



Streiks kamen noch 28 Affordmairer von der Dresdener Streikbrechervereinigung hinzu. Von den streikenden Kollegen sind nur wenige abtrünnig geworden, und fast alle waren abgereist. Der Streik dauerte sieben Wochen und wurde schließlich durch Verhandlungen mit einem teilweisen Erfolg für die Kollegen beendet. Leider blieb es bei der eilfständigen Arbeitszeit.

In Zittau war das Unternehmertum mit den beiden in den Jahren 1904 und 1905 vorangegangenen Streiks noch immer nicht zufrieden. Es mußte im Berichtsjahre noch einmal seinen Streik haben. Dieser nahm diesmal ganz erheblich verschärfte Formen an. Unsere Organisation in Zittau sollte vernichtet werden. Dies wollten die Unternehmer dadurch erreichen, daß sie alle Mitglieder unseres Verbandes, was fast gleichbedeutend mit allen Mauern war, in der ganzen Amtshauptmannschaft Zittau ausgrenzten. Auch die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter wurden ausgegrenzt, resp. doch in Mitleidenhaft gezogen, so daß die ganze Tätigkeit im Baugewerbe vollständig unterbrochen war. Wenn ein Unternehmer etwa die Forderungen der Arbeiter bewilligen wollte, so wurde ihm die Materiallieferung angeordnet resp. gegen ihn durchgeführt. Alle lauten und unlauteren Mittel wurden benutzt, um die Situation zu verschärfen. Der Kampf dauerte 17 Wochen lang, so daß unsere Zittauer Kollegen innerhalb der letzten drei Jahre 38 Wochen streiken mußten, um ihre elenden Existenzbedingungen günstiger zu gestalten. Nun erst war der Kampf gebrochen. Es kam zu Verhandlungen, die im Amtstotal des Gewerbeinspektors stattfanden und unter dessen Teilnahme und Leitung geführt wurden. Hierbei kam ein Vertrag zu Stande, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die ganze Amtshauptmannschaft Zittau regelt und als einzigermaßen günstig für die Kollegen bezeichnet werden kann.

In Görlitz war die Bautätigkeit seit Jahren sehr schlecht gewesen, und sie war auch im Berichtsjahre keineswegs gut, aber doch bedeutend besser als in den vorangegangenen Jahren. Der Stundenlohn wurde im Jahre 1905 von den Unternehmern, nachdem unsererseits bereits im Jahre 1900 eine Forderung auf 43 3/4 Stundenlohn gestellt wurde, auf 40 3/4, und im Jahre 1906 auf 42 3/4 erhöht. Die Forderung unserer Kollegen betrug in diesem Jahre 44 3/4. Gewiß war sie äußerst bescheiden, sie wurde aber trotzdem vom Arbeitgeberbunde abgelehnt. Diese Ablehnung führte am 1. August zur Arbeits-einstellung, die bis Mitte Oktober dauerte. Streikbrecher waren genügend vorhanden, um den Kampf zu erschöpfen und in die Hände zu gehen. Traurig ist es, daß es Einheimische waren, die ihren Kollegen in dieser Weise in den Rücken fielen. Die Arbeit wurde zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die Görlitzer Kollegen müssen sich genau wie die Zittauer, erst durchkämpfen zum sicheren Erfolg.

In Sonnenberg-Girschberg hatten die Zimmerer die Arbeit eingestellt. Nun ist auch hier die moderne Kampfweise der Unternehmer, die wenn ein Versuch freit, den anderen auszusperrten, sofort zu nicht durch freiwillige Arbeits-einstellung der Aussperrung vorzuziehen. So kam es auch in Girschberg. Nachdem die Zimmerer eine Woche gestreikt hatten, stellten die Unternehmer das Ansuchen an sie, die Arbeit zu den alten Bedingungen sofort wieder aufzunehmen, widrigenfalls die Mauern ausgegrenzt würden. Die Zimmerer rührte diese fürchterliche Drohung natürlich nicht im geringsten. Die Aussperrung trat auch am 1. April ein und endete am 31. Mai mit einem Erfolg für unsere Kollegen. Durch gegenseitige Vereinbarung wurde der Stundenlohn von 36 3/4 auf 38 3/4 und vom 1. April 1907 an auf 40 3/4 erhöht.

In Löwenberg und Langenßl mußten bei einem Unternehmer wegen Lohnherabsetzung bzw. Verlängerung der Arbeitszeit kurze Baupausen vorgenommen werden. Beide hatten Erfolg für die Kollegen.

In Bernsdorf (S.L.), Rießky und Cunewalde mußte ebenfalls, um eine kleine Lohnherabsetzung zu erlangen, die Arbeit eingestellt werden. Die Streiks in diesen Orten waren jedoch nur von kurzer Dauer; so wurde in Rießky 13 Tage, in Bernsdorf 5 Tage und in Cunewalde 2 Tage gestreikt. Die Streiks hatten bezüglich Lohnherabsetzung in jedem dieser Orte Erfolg. Dagegen blieb es in Rießky und Bernsdorf bei der eilfständigen Arbeitszeit, in Cunewalde wurde die zehneinhalbständige Arbeitszeit eingeführt.

Einem sehr nachahmungswerten Streik führten die Kollegen in Parchitz durch. Sie stellten ihre Forderungen, und diese wurden, wie gewünscht, vom Unternehmer abgelehnt. Darauf ließen sich alle ab und nahmen in Rießky Arbeit, wo sie solange verblieben, bis der Unternehmer den Stundenlohn von 28 auf 34 3/4 erhöhte und in die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden einwilligte.

In Lüben geschah etwas Unerhörtes. Dort wurde zwischen den Unternehmern und der Organisationsleitung mündlich vereinbart, die Arbeitszeit unter entsprechender Lohnherabsetzung von 11 auf 10 Stunden zu verkürzen. So mit sich auch der zehneinhalbständige Arbeitslohn in Lüben eingeführt zu sein. Es sollte aber noch anders kommen. Nur einige Tage konnten die Kollegen die Wohlthat einer verkürzten Arbeitszeit-Vertrag, dann arbeiteten sie wieder 11 Stunden wie vorher. Es lohnte sich ihrer Meinung nach jetzt ja auch besser, recht viel Stunden täglich zu arbeiten, denn der Stundenlohn war ja von 34 auf 37 3/4 erhöht worden. Es ist ein schwerer Kampf, der hier für die Verkürzung der Arbeitszeit und damit für geregelte Lohnzustände gegen die eigenen Kollegen geführt werden muß. Auch noch in einigen anderen Orten hängen die Kollegen wie die Kletten an der eilfständigen Arbeitszeit, so in Weißwasser, Mustau, Rießky, Bernsdorf, Goldberg und Bauen. Es ist jedoch begründete Hoffnung vorhanden, daß in diesen Orten noch in diesem Jahre die zehneinhalbständige Arbeitszeit eingeführt wird, indem wir die Hauptagitations- vorzugsweise auf diesen Punkt gerichtet haben. Ein schönes Beispiel zur Einführung des zehneinhalbständigen Arbeitstages lieferten die Kollegen in Gagnau, Sprottau und Grehndahl. Sie sagten sich in völliger Einigkeit: wir arbeiten nicht mehr länger als 10 Stunden täglich.

10 Stunden sind genug. Und es gelang. In Sprottau und Grehndahl verließen es anfänglich einige der Herren Kollier, die so geschaffene Einführung des zehneinhalbständigen Arbeitstages dadurch zu durchbrechen, daß sie selbst und die Lehrlinge, die sie dazu zwangen, auch nach 6 Uhr Abends die Arbeit fortsetzten, bis sie sich zum Geißel der Strafpassanten machten. Dann fügten auch sie sich, und sie fühlen sich heute sehr wohl dabei.

Bei den geschilderten Streiks und Aussperrungen sind auch die üblichen gerichtlichen Verurteilungen wegen verschiedener „Delikte“ nicht ausgeblieben. Es wurden in Görlitz insgesamt 6 Kollegen zu 3 Monaten und 20 Tagen Gefängnis, und 11 Kollegen insgesamt zu 11 Monaten und 12 Tagen Gefängnis verurteilt. In einem Falle erfolgte Freisprechung und in einem Falle schwebt das Verfahren noch. In Girschberg wurde gegen 6 Kollegen auf insgesamt 135 Geldstrafe, und gegen 5 Kollegen zusammen auf 2 Monate und 12 Tage Gefängnis erkannt.

In Zittau erhielten 4 Kollegen zusammen 11 3/4 Geldstrafe, und 5 Kollegen zusammen 12 Tage Gefängnis. Zwei Straffälle sind noch unentschieden. In Bauen wurden 4 Kollegen zusammen mit 29 Tagen Gefängnis, und einer davon noch mit 10 Geldstrafe belegt; ein Fall ist im Berufungsverfahren noch unentschieden. In Reichenau wurden 38 Kollegen wegen nicht Innehaltung der Kündigungsfrist zu je 10,20 Schadenersatz vom Gewerbegericht verurteilt. In einer mündlichen Verhandlung zwischen den Unternehmern und unserer Vertretung über die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses für Reichenau wurde unter anderem auch gegen gegenseitige Kündigung verzichtet. Nun kam die Aussperrung und mit ihr auch die Erbitterung. Die Unternehmer kündigten den Gesellen, so daß nach 14 Tagen die Aussperrung in Kraft treten sollte. Unsere Kollegen nahmen aber sofort die Aussperrung an, im guten Glauben, daß die Kündigung durch gegenseitige mündliche Vereinbarung ausgeschlossen sei. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht bestritten aber die Unternehmer die Gültigkeit dieser Vereinbarung, da sie nicht schriftlich getroffen worden sei. Das Gewerbegericht stellte sich auf denselben Standpunkt, und so kam es zur genannten Verurteilung.

Die Organisation hat im Berichtsjahre leblich gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederbewegung seit dem Jahre 1902 sei in folgender Tabelle veranschaulicht. Es ist hierfür immer die Mitgliederzahl des dritten Quartals eines jeden Jahres zu Grunde gelegt. Die mit einem Stern bezeichneten Ortsnamen sind im Jahre 1906 neu gegründete Zweigvereine. Am Schlusse des Berichtsjahres gehörten dem Gau 29 Zweigvereine resp. Einzelmitglied-schaften an.

Mitgliedschaften und Zweigvereine	Mitgliederzahl im 3. Quartal				
	1902	1903	1904	1905	1906
Bauen	10	35	67	61	180
Bernsdorf	—	—	—	52	60
Cunewalde	179	123	197	157	200
Girschberg	106	231	262	287	268
Gummalde	61	59	69	80	125
Grehndahl*	—	—	—	—	42
Görlitz	67	160	286	327	290
Goldberg	19	19	31	37	115
Görlitz	256	270	243	385	418
Grensdorf*	—	—	—	—	15
Grünberg	34	23	103	181	166
Hainau	15	27	33	65	77
Jauer	—	—	38	16	65
Landeshut	6	—	—	—	39
Langenßl	38	21	35	27	46
Liegnitz	228	296	321	307	514
Löwenberg	127	130	100	66	121
Musau	75	28	62	60	80
Parchitz	—	—	16	9	5
Reigersdorf	19	20	25	15	126
Riesky	20	53	59	99	140
Oberfrießdorf*	—	—	—	—	68
Oberfrießdorf	7	23	24	39	58
Primkau*	—	—	—	—	20
Sagan	5	2	16	46	115
Schmiedberg	67	30	60	27	37
Sprottau	—	—	—	70	110
Weißwasser	12	18	18	20	88
Zittau	53	150	344	402	672
Summa	1404	1718	2407	2835	4260

Die Kassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen:

Einnahme	
Kassenbestand vom Jahre 1905	M. 207,68
Beiträge auf Grund des Statuts	„ 1976,02
Zufuß aus der Hauptkasse	„ 1748,52
Auslagen für Streikleitung zurück	„ 1087,30
Beiträge der Zweigvereine	„ 609,—
Summa	M. 5668,52

Ausgabe	
Beamtengehalt	M. 1970,—
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen	„ 279,25
Diäten	„ 1344,50
Fahrtgeld	„ 559,70
Büro- und Schreibmaterialien	„ 53,98
Verdickungsbeiträge	„ 27,—
Entschädigung des Kassierers	„ 37,50
Flugblätter	„ 35,—
Wachbinderarbeiten	„ 4,80
Verbreitung auf der Konferenz in Wobensack	„ 10,—
Sitzungsgelder	„ 3,40
Summa	M. 4627,13

Abfluß	
Einnahme	M. 5668,52
Ausgabe	„ 4627,13
Bestand	M. 1041,39

U. Dedewert, Kassierer.  
Revisoren:  
Bruno Wälsch, Gustav Pohl, Wilhelm Höer.  
Der Gauvorsitz: G. Riepe, Vorsitzender.

## Gau Mannheim.

Das Jahr 1906 hat nicht in allen Orten die gehegten Erwartungen erfüllt, wir hatten Drei mit recht schlechter Bautätigkeit zu verzeichnen. Dazu gehörte die badische Kreisstadt Karlsruhe. Hier waren 1906 nahezu 50 pSt. Maurer weniger beschäftigt als vor der Lohnbewegung im Jahre 1904. Ein erheblicher Teil der Kollegen aus der Umgebung von Karlsruhe, ja auch der Stadt selbst, war nach gezwungen, außerhalb Arbeit zu suchen. Achtung so war es auch in Straßburg. Witten im Sommer konnte man hier die Arbeitslosen nach Hunderten zählen. In Trier hielt die Bautätigkeit auch 1906 an, so daß auch von dort viele Kollegen auswärts Arbeit suchen mußten. Unter den Kleinstädten waren es besonders Mandau, Offenbürg, Waldbrunn, Neunkirch, Landau und in Hessen Borsdorf, wo die Bautätigkeit schlecht war. Für die anderen Zweigvereine des Gaues Mannheim stellt sich das Bild wie folgt: 1. Zweigvereine mit guter Konjunktur: Solmar, Freiburg, Heidelberg, Kaiserlautern, Jähr, Gernsack, Mannheim-Ludwigshafen, Wey, Forstheim, St. Johann und Schwetzingen. 2. Zweigvereine mit mittlerer Konjunktur: Emmendingen, Schwebel, Gengenbach, Lambricht, Landau, Mühlhausen Speyer und Zweibrücken.

Für 1907 dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Berichten im allgemeinen die Bautätigkeit im Gau Mannheim etwas reger werden. Dafür spricht, daß in den verschiedensten Orten große städtische oder auch Staatsbauten zur Ausführung kommen werden, und daß in einigen Orten noch Wohnungsangelegenheiten anzutreffen ist. In einzelnen Orten wird von den Unternehmern über Geldknappheit und höheren Zinsfuß geklagt. Es kann von uns nicht übersehen werden, ob die Bautätigkeit dadurch etwa eine größere Hemmung erfährt. Auf eine Hochkonjunktur dürfte wohl kaum zu rechnen sein.

Mit der Agitation wurde, wie in früheren Jahren, bereits im Januar begonnen. Es wurde zunächst in etwa 20 Orten des Oberrheins, dann in Mittelbaden, in den Bezirken Baden-Baden, Achern, Wülst und Offenburg, sowie in den Ortschaften am Hardtgebirge und in der hinteren Pfalz ein Flugblatt verbreitet, dabei eine intensive Haus-agitation betrieben und dort, wo es möglich war, Versammlungen abgehalten. Diese Arbeit brachte uns schon ganz schöne Erfolge. Es wurden einige Hundert Aufnahmen gemacht, und außerdem brachten die Kollegen die Versicherung mit nach Hause, daß ein erheblicher Teil der Maurer Mitglied wurde, sobald die Arbeit aufgenommen sei. Das ist auch erfreulicherweise eingetroffen. Das spätere verbreitete Flugblatt des Verbandesvorstandes hat ebenfalls wieder seine gute Wirkung ausgeübt und viel zur Weiterentwicklung der Organisation beigetragen. Dort, wo es nötig erschien, ließen wir weitere Versammlungen folgen. Einen weiteren Vorstoß unternahmen wir im Frühjahr in Oberbaden. Doch war uns dort nicht in allen Orten der gewünschte Erfolg beschieden. Auch im Oberrhein, besonders in Mühlhausen, wurde ein erster Versuch unternommen, doch auch hier war das Resultat nicht befriedigend. Im Sommer wurde besonders das Saargebiet berücksichtigt; dort können wir mit den gemachten Fortschritten für das Jahr 1906 zufrieden sein. Unter den eingemenderten italienischen Kollegen wurde ebenfalls lebhafter als sonst Agitation betrieben; nur wurde es als störend empfunden, daß das Flugblatt in italienischer Sprache so spät herauskam. Es war auch möglich, einige Versammlungsversuche zu gewinnen, so daß der Erfolg unter den italienischen Kollegen ebenfalls größer war als in früheren Jahren. Gerade unter diesen Kollegen bleibt jedoch auch für die nächsten Jahre noch ein großes Feld Arbeit zu leisten und manche Schwierigkeit zu überwinden. Im Mai genannten wir den Kollegen Wörlt-Strasbourg zu einer Agitationstour. Es wurden in allen größeren Orten Versammlungen abgehalten und zum Vortragsstunde „Die sozialpolitische Gesetzgebung“ gewählt. Der Verlauf entsprach den ausgemessenen Wünschen und Kosten. Die vom Verband veranstaltete Agitation im Oktober war ebenfalls wirksam, das hätte der Versammlungsbesuch in einzelnen Orten besser sein können. Im ganzen dürfen wir ohne Überbeteuerung sagen: es ist getan worden, was möglich war.

Dasfelbe gilt auch für eine ganze Anzahl unserer Zweigvereine. Auch das ist in agitatorischer Beziehung getan, was geleistet werden konnte. Wir waren allerdings nicht bestrebt, die Zahl der Zweigvereine zu vermehren, sondern haben die kleineren Orte den in den betreffenden Gebieten bestehenden Zweigvereinen angeliebert. Allerdings hat der Gau zu den Agitationskosten einzelner Gebiete wesentliche Aufwände leisten müssen, wie aus der Abrechnung näher hervorgeht.

Wir geben uns am Schlusse des Jahres 1906 der Hoffnung hin, unsere Mitgliederzahl im Jahre 1906 auf 15 000 zu bringen. Diese Hoffnung ist allerdings nicht erfüllt worden. Doch können wir trotzdem mit der Entwicklung zufrieden sein. Wir hatten im Jahre 1901 702 Mitglieder, im Jahre 1902 870 Mitglieder, im Jahre 1903 2308 Mitglieder, im Jahre 1904 4837 Mitglieder, im Jahre 1905 9181 Mitglieder, im Jahre 1906 14 524 Mitglieder. Die Zahlen für 1906 gelten für das dritte Quartal. Der Mitgliederwechsel ist in einzelnen Orten immer noch recht erheblich. Obwohl dabei auch die italienischen Kollegen eine große Rolle spielen, so könnten die Verhältnisse doch etwas stabiler sein. Die inneren Arbeiten in einigen Zweigvereinen müssen deshalb noch geestert werden.

Ueber einen ähnlichen Aufschwung der Organisation, wie wir ihn glücklicherweise haben, werden unsere Gegner kaum von sich berichten können. Die christlichen Sekretäre, Nott in Karlsruhe und Wendel in St. Johann, haben sich ja ebenfalls heisse Wägen gegeben, um Anhang zu gewinnen, doch ihr Liebeswerben hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Nach einem Bericht in der „Baugewerkschaft“ hatte Nott in Waden und Württemberg circa 870 Mitglieder. Davon dürfte kaum die Hälfte Maurer sein. Was diesen Herren an jactanten Gründen abgeht, suchen sie durch persönliche Schimpereien wett zu machen. Besonders leistet Herr Wendel darin Erstleistungen. Wenn ihnen dann mit einem trübsamen Wort gebiet wird, so laufen sie zum Rabi. So hat Nott die Kollegen Winnig und Philipp verlegt und Wendel den Kollegen Schroyth. Wendel hat allerdings vor Gericht dann die Klage zurückgezogen und damit die Verschuldigungen auf sich sitzen lassen. Herrn Nott wurde vom



Maurermeister Käfer in Forchheim nachgesagt, er (Kott) habe das Vorgehen des freien Verbandes bei der Sperre gegen Käfer eine Unverschämtheit und Frechheit geheißen. Der Bauvorstand Herr Gortier teilte dem Kott kurz nachher diese Aussage mit und Kott bestritt, diese Aussage gemacht zu haben. Gortier forderte dann Kott auf, den Käfer zu verklagen und bot sich als Zeuge an, ebenso standen die Mitglieder der Lohnkommission als Zeugen zur Verfügung, doch — Kott hat bis heute nicht geklagt. Nun, vielleicht gelingt es, bei dem Prozeß, den Kott gegen Philipp angehängt hat, Licht in die Sache hineinzubringen.

Im Jahre 1906 beglückte uns auch die Berliner Lokalfisten mit ihrem Besuch, doch werden sie kaum einen Maurer eingefangen haben.

Obwohl die Bautätigkeit in vielen Orten zu wünschen übrig ließ, hatten wir doch eine sehr lebhaftes Lohnbewegung, ja sie war viel umfangreicher als in den vorhergehenden Jahren. Besonders erfreulich ist, daß wir im Saargebiet, also im Herzen der schlimmsten Reaktion, und ebenso in Meß große Erfolge erzielten. Diese Bewegungen werden weiter unten noch eine eingehendere Würdigung erfahren. Für die zahlreichen Fabrikmaurer wurden in den verschiedensten Fabriken auch ganz ansehnliche Vorteile erzielt. In vielen Amböten, besonders im Zweigleinsgebiet Mannheim-Ludwigshafen, erzielten wir Erfolge. Für die Zementierer und Asphaltierer erreichten wir Verbesserungen in Mannheim-Ludwigshafen, Landau und Freiburg. In letzterem Ort kamen wir nicht zum vollen Abschluß, doch es wurde eine Lohnerhöhung von 5 1/2 pro Stunde erreicht. Die volle Durchsetzung der Forderung scheiterte an der zweifelhaften Haltung der „Christlichen“. Der angegriffene Unternehmer vergab seine notwendige Arbeit an andere Geschäfte, und hielt sich nun solidarisches Verhalten, arbeiteten die Christlichen ruhig weiter. Dadurch verloren die Streikenden ebenfalls den Mut und der Kampf mußte abgebrochen werden.

In Forchheim riskierten die Unternehmer eine Ausperrung; die erste in unserem Gau. Es wird nötig sein, noch einmal auf die Differenzen einzugehen, die zur Ausperrung führten. Damals standen wir im Saargebiet, in Colmar und Schopfheim im Streit; dicht davor in Meß und einigen anderen Orten. Im Drange der Verhältnisse ist deshalb manche Erscheinung nicht genügend gewürdigt worden. Im Jahre 1906 waren die Forchheimer Unternehmer genötigt, mit uns zu unterhandeln und das Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln. Es ist diesen Kollegen, protegen Herren sehr hart angekommen, die Arbeiter und ihre Organisation anerkennen zu müssen. Doch sie waren in einer Zwangslage, sie mußten entweder ausperren oder sich mit uns einigen. Es kam zur Einigung. Die Maurer wählten nun eifrigst darüber, daß die vertraglichen Bestimmungen auch eingehalten wurden. Das war einzelnen Arbeitgebern recht un bequem, besonders aber Herrn Käfer. Im Frühjahr 1906 suchte Herr Käfer die eifrigste Arbeitszeit beizubehalten, und außerdem suchte er die Arbeitszeit einzuführen. Die italienischen Vertrauensleute wurden plötzlich entlassen, und zuletzt am Schulhausneubau die deutschen Vertrauensleute und fast alle Verbandsmitglieder. Das war den Kollegen denn doch zu toll. Sie verlangten durch eine Kommission die Wiedereinstellung der Gemauerten, und als diese verweigert wurde, verhängte eine Versammlung die Sperre. Das war von unseren Kollegen allerdings auch nicht korrekt, es hätte erst die Schlichtungskommission angerufen werden müssen. Doch nach den fortgesetzten Provokationen war das Vorgehen der Kollegen erklärlich. Wenn das Maß voll ist, läuft es eben über. Der Arbeitgeberverband drohte nun in einem Schreiben die Ausperrung an. Der Bauvorstand suchte zu vermitteln. Nach zwei maligen Verhandeln schienen die Unternehmer geneigt, die Entlassenen auf anderen Plätzen wieder einzustellen und damit die Sache als erledigt betrachten zu wollen. Zu unserer Überraschung kam dann jedoch ein neues Ultimatum. Darin verlangten die Unternehmer beharrungslos Aufhebung der Sperre, Bezahlung dieses Haftschuldes in der Zeitungen, die über die Sperre berichtet hatten, und eine endgültige Antwort in wenigen Stunden. Unglücklicherweise regnete es nun noch den ganzen Vormittag, so daß diese unserer landlichen Mitglieder nach Hause gefahren waren. Die Versammlung, die am Abend stattfand, wies aus diesem Grunde nicht beschlußfähig. Wir teilten dies den Unternehmern mit, doch das Ausperrungsgebot war zu groß, am anderen Morgen erfolgte die Ausperrung. Damit hatten sich dann allerdings die Unternehmer in die Kasse gefügt. Wir waren in der Lage, in wenigen Tagen fast alle Ausgesperrten auswärts in Arbeit zu bringen und konnten sonach den kommenden Dingen mit aller Ruhe entgegengehen. Nach etwa 14 Tagen wurden dann auch schon seitens des Bürgermeisters Verhandlungen angebahnt; die dann mit dem Abschluß eines neuen Vertrages endeten. Die Unternehmer mußten 6 1/2 Lohnerhöhung zahlen und somit einige Verbesserungen zugehen. Vielleicht haben die Kollegen Forchheimer Herren daraus gelernt, daß sich mit den Arbeitern nicht mehr Schindluder spielen läßt, sobald diese organisiert sind.

Insgesamt hatten wir in 88 Lohnbezirken 72 Lohnbewegungen (einschließlich der Sperren). In zwei Fällen wurden wir durch Streiks der Bauarbeiter in Mitleidenchaft gezogen, in einem Falle durch die Zimmerer. Auch durch die Streiks in einzelnen Fabriken, durch die Maler usw., wurden wir verschiedentlich in Mitleidenchaft gezogen. Die Lohnbewegung erledigte sich in 30 Fällen durch Streit, in 25 Fällen durch Unterhandlungen, in 4 Fällen durch Erreger, in 1 Fall durch Ausperrung, in 4 Fällen durch Zurückziehen der Forderungen. In 4 Fällen waren wir durch Streiks anderer Berufe in Mitleidenchaft gezogen. In 30 Fällen wurde eine Verzögerung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich erreicht, in einem Falle um eine halbe Stunde täglich. Lohnerhöhungen wurden in allen Fällen durchgesetzt, und zwar von 3 bis 18 1/2 pro Stunde. In 89 Fällen wurden Tarife abgeschlossen, die außer der Arbeitszeit und dem Lohn auch die Lohnzahlung, Überstunden, Kündigung usw. regeln. Ohne eigentlichen Erfolg war nur der Streit in Schwelm und die Sperre in Rammel. Im ersten Falle gelang es den Unternehmern, ihre Arbeiten an Unternehmern aus der Umgebung zu übertragen, und in Rammel waren es Maurer aus Gersheim in der Pfalz, die den Unternehmern retteten. Daß sich die Dinge seit 1901

wesentlich gebessert haben, möge folgende Tabelle beweisen. (Diese Tabelle enthält nur die Verbesserungen in den Städten, die in Dörfern, Fabriken und in den Spezialbranchen durchgehenden sind nicht angeführt.)

Orte	Arbeitszeit		Lohn pro Stunde		Tarif
	1901	1907	1901	1907	
Aden	10	10	83 1/2	45	11 1/2
Bretten	11	10	82	42	10
Breuchfeld	11	10	83	42	9
Colmar	11	10	80	50	20
Darlar	10 1/2	10	85	45	10
Darlar	11	10	83	43	10
Darlar	11	10	25	41	18
Eppingen	11	10	85 1/2	50	14 1/2
Krausenthal	10	10	40	50	10
Freiburg	11	10	83	40	7
Grünstadt	10	10	42	50	8
Heidelberg	11	10	88	45	7
Heppenheim	11	10	83	45	12
Hodenheim	11	10	83	42	9
Kaiserlautern	10 1/2	10	85	50	15
Karlsruhe	11	10	85	45	10
Ladenburg	11	10	40	50	10
Lehr	11	10	40	46	6
Lambrecht	11	10	35	47	12
Landau	11	10	87	45	8
Wörth	10	10	45	54	9
Ludwigshafen	10	10	45	54	9
Mannheim	11	10	85	45	10
Mühlheim	12	10	83	52	14
Meß	10—11	10	38	45	7
Neuland	11	10	87	54	17
Forchheim	11	10	82	40	8
Philippsthal	11	10	83	45	7
Schopfheim	11	10	88	52	14
St. Johann	10	10	40	50	10
Speyer	10	10	35	50	15
Schwegenheim	11	10	83	47	9
Strasbourg	11	10	87	45	8
Schwelm	10 1/2	10	86	45	9
Worms	11	10	88	46	8
Zweibrücken	11	10	88	46	8

Die durchschnittliche Lohnerhöhung in diesen Orten beträgt 10 1/2 % pro Stunde und kommt insgesamt für 13 437 Maurer in Frage. Das ist jedenfalls in den meisten Jahren ein Resultat, mit dem unsere Kollegen zufrieden sein können. Es kommt hinzu, daß außerdem im Jahr 30 Fabriken erhebliche Vorteile erzielt wurden. Für etwa 500 Fabrikarbeiter wurden Lohnerhöhungen von 5 bis 10 % pro Stunde erreicht und für die Spezialarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen, Landau, Karlsruhe und Freiburg sind sehr beachtliche Verbesserungen durchgesetzt worden.

Die Kämpfe in Speyer, St. Johann-Saarbrücken und Meß mögen nun noch eine etwas eingehendere Würdigung finden.

In Speyer hatten wir bekanntlich 1905 einen 29 Wochen dauernden Streit. Mit ungeduldigem Mute begannen die Kollegen das Jahr 1906. Doch die Kampfeslust der Speyerer Kollegen, die 1905 hochmütig jede Verständigung ablehnten, war gebrochen. Durch das Gemerbe-Innenhofen suchten sie Fühlung mit uns. Doch auch hierbei wandelten die Herren zunächst noch auf trüben Wegen. Es wurde uns zugemutet, mit den anderwärts tündend „christlich“ organisierten Streikbrechern zusammen zu verhandeln. Mit Leuten, die die Streikenden 29 Wochen lang verhöhten und teilweise dühndend als Zeugen vor Gericht gegen Streikende stellten! Diese Zumutung wurde von uns abgelehnt. Dann schloßen die Unternehmer zunächst einen Vertrag mit den „Christlichen“. Der „christliche“ Sekretär Kott wurde als Vertreter in der Not betrautet, freundlichst empfangen und ebenso freundlich wieder nach der Bahn geleitet. Wir ließen uns dadurch nicht stören. Als das Frühjahr und damit der Beginn der Bautätigkeit immer näher heranrückte, waren die Herren endlich zu einem annehmbaren Frieden bereit. Sie mußten allerdings etwas tiefer in denbeutel greifen als es ein Jahr zuvor hätte geschehen können; mußten doch der Unterlegene immer die Kriegskosten zahlen. Es wäre für unsere Mitglieder sehr lehrreich, den Inhalt des „christlichen“ Tarifs und den von uns abgeschloßenen gegenüberzustellen, doch wir wollen den Raum nicht zu viel in Anspruch nehmen. Einige Auszüge seien aber gestattet:

Lohn in unserem Vertrag:		Lohn im „Christlichen“ Vertrag:	
Von 1. April 1907.....	46 1/2	Von 1. April 1907.....	45 1/2
„ 1. „ 1908.....	48	„ 1. „ 1908.....	46
„ 1. „ 1909.....	50	„ 1. „ 1909.....	47
Für Junggefallen bis zum 19. Lebensjahre und für Infolge von Alter oder Unfähigkeit nicht voll Leistungsfähige kann ein geringerer Lohn vereinbart werden.		Für Junggefallen, nicht voll Leistungsfähige oder im Besitz von Unfallrenten Besondere kann ein geringerer Lohn vereinbart werden.	
Für Überstunden wird ein Zuschlag von 16 1/2 % pro Stunde vergütet.		Für Überstunden wird ein Zuschlag von 10 1/2 % pro Stunde vergütet.	
Für Wasserarbeit (15 cm) wird ein Zuschlag von 50 pSt. pro Stunde gezahlt.		Für Wasserarbeit wird ein Zuschlag von 50 pSt. pro Stunde gezahlt. Als Wasserarbeit gilt, sobald das Wasser durch Pumpen nicht unter 30 cm gebracht werden kann.	

Diese Proben werden genügen, um zu zeigen, wohin es führen würde, wenn die „Christlichen“ die Führung haben würden.

In St. Johann-Saarbrücken wurde uns der Sieg überaus leicht. Trotz fortgesetzter Mahnungen und trotz scharfer beschließender Druck gelang es die Organisation auszubauen. Da es die Unternehmer nicht für nötig hielten, uns eine Antwort zu erteilen, so trafen wir unsere Vorbereitungen zum Kampfe. Die Hauptsache war, die Pfälzer Kollegen zur Teilnahme zu bewegen. Am Pfingstmontag fanden zu diesem Zweck 25 Versammlungen in der

hinteren Pfalz statt. Außerdem wurde ein Flugblatt in 10 000 Exemplaren verbreitet. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wurden durch die Presse und durch Zirkulare aufgefordert, den Zug zu fernhalten. Außerdem war Vorjorge getroffen, daß auch der Zug von Italienern abgehalten wurde. Die Arbeitsüberlegung erfolgte fast einhellig, und die Streikenden waren binnen drei Tagen bis auf einen kleinen Rest ausgerüstet untergebracht. Zug war nicht zu verzögern. Es kam es bereits in den ersten Tagen zu Verhandlungen. Diese führten zu keinem Ergebnis, doch nach 14 Tagen waren die Unternehmer zum Frieden bereit. Es kam zum Tarifabschluß, der in der Hauptsache das brachte, was gefordert war. Damit war auch in diese schwarze reaktionäre Ede Breche gelegt.

Erwähnung soll dann noch der Meßer Kampf finden. Dort haben wir mit etwa 80 pSt. Italienern zu rechnen. Auch hier wurden die Vorbereitungen in umfassender Weise getroffen. Die Arbeitsüberlegung erfolgte geschlossen. Der Zug war minimal und unsere italienischen Kollegen hielten sich wach. Sie machten willig alle Streikarbeit, und zeigten damit, daß sie ebenfalls unter richtiger Leitung einen geordneten Kampf führen können. Schon in der zweiten Woche waren die Unternehmer zum Frieden geneigt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes trübte sich allerdings noch und die Arbeitgeberversammlung lehnte die Abmachungen der Kommissionen ab. Doch ein Unternehmer nach dem anderen untergibt den Tarif, und so blieb auch dem Vorstände des Arbeitgeberverbandes weiter nichts übrig, als daselbe zu tun. Der Abschluß bedeutete für Meß einen großen Erfolg. Vorher wurde elf und zwölf Stunden gearbeitet, und dabei existierten die Klassenlöhne in der bestimmten Form. Das ist nun beseitigt. Beachtenswert ist dabei, daß die Unternehmer in Meß, und besonders im Saargebiet, fast alle dem Arbeitgeberverbande angehören. Im Gegenzug zu St. Johann-Saarbrücken und Meß mußte in Colmar fast ein halbes Jahr gekämpft werden. Hier gaben die Unternehmer erst nach, als ein Teil vor dem Bankrott stand. Dann allerdings mußte die Forderung in vollem Umfange bewilligt werden. Wir können im ganzen mit dem im Jahre 1906 Erreichten zufrieden sein.

Der Bauarbeiterzucht ist 1906 dagegen sehr wenig vorwärts gekommen. In Mannheim wurde endlich ein Bauarbeiter aus Arbeiterkreisen angestellt. Aber die Vorschläge der organisierten Bauarbeiter fanden keine Berücksichtigung. Der Stadtrat glaubte wahrscheinlich, ein Arbeiterverein sei für einen Bauarbeiter eine bessere Schule als die Verbände der Arbeiter. Bei den vorgenommenen Kontrollen seitens der Bauarbeiterkommission wurden überall Mängel festgestellt.

Ueber die sonstige Tätigkeit des Bauverbandes mögen diese Zahlen informieren: Im Vorjahre waren zu verzeichnen 1047, an Ausgängen 1121, zusammen 2168 Sendungen.

Die Abrechnung stellt sich so:	
<b>Einnahme.</b>	
Kassenbestand vom Jahre 1905.....	M. 969,92
Ueberschuß aus dem Vorjahre.....	6361,71
Zuschuß aus der Hauptkasse.....	2600,61
Zuschüsse für Streikleitung.....	888,17
Beiträge der Zweigvereine.....	2645,49
Sonstiges (für Kilometerbefehle).....	15,-
<b>Summa.....</b>	<b>M. 13489,90</b>

Ausgabe.	
Für Gehalt.....	M. 2040,-
„ 1905 nachgezahlt.....	160,-
„ entgangenen Arbeitsverdienst.....	1315,15
„ Diäten.....	3794,12
„ Fahrgehalt.....	2239,41
„ Bureaukosten usw.....	266,17
„ Druckkosten.....	517,40
„ Porto und Schreibmaterial.....	185,89
„ Entschädigung des Kassierers für 1904 und 1905.....	100,-
„ Unzugskosten.....	400,-
„ sonstige Ausgaben.....	83,90
<b>Summa.....</b>	<b>M. 11102,84</b>

Abschluß.	
Einnahme.....	M. 13489,90
Ausgabe.....	11102,84
<b>Rest.....</b>	<b>M. 2387,56</b>

Zu erwähnen ist weiter, daß die Gattin zu den Inflationskosten einzelner Bezirke erhebliche Zuschüsse zu leisten hatte, und zwar:

Für Mittelbaden.....	M. 583,57
„ Oberbaden.....	126,50
„ das Saargebiet.....	691,65
„ Lothringen.....	297,22
„ Elßaß.....	41,95
<b>Summa.....</b>	<b>M. 1750,89</b>

**Aug. Müller, Kassierer.**  
Revisoren:  
Franz Widmayer, Phil. Dönges.  
Rid. Gortier, Vorsitzender.

**Berichte.**  
**Eine Aufforderung** richtet der Zweigverein Gelsenkirchen an die zureichenden Verbandsmitglieder. Da auch wir davon überzeugt sind, daß sie rechtzeitig ist, so sei ihr hier Raum gewährt: Alle nach Gelsenkirchen zureichenden Verbandskollegen werden dringend ersucht, sich vor der Annahme von Arbeit auf unserem Bureau, Schaffhausen 8, zu melden. Veranlassung zu dieser Aufforderung geben uns folgende Umstände: Es existieren hier noch einige Unternehmern, die nicht organisiert sind und sich um die tariflichen Bestimmungen so gut wie gar nicht kümmern, auf die wir aber bisher einen bestimmenden Einfluß nicht ausüben konnten. Waren nun Kollegen bei solchen Unternehmern in Arbeit getreten, ohne sich vorher zu informieren, so hatte das oft zu allerlei Unzulänglichkeiten geführt, die meistens zum Schaden unserer Kollegen ausliefen. Ferner wollten wir auch verhindern, \* Unter den sonstigen Ausgaben befinden sich M. 32 für Mietentlohnung an Haupt, M. 21,10 für Gerichtslohn und M. 16 für einen Kranz.



die Arbeitsvermittlung dadurch mehr in unsere Hände zu bekommen, daß alle Kollegen nachdrücklich und fortgesetzt angewiesen werden, jede ihnen bekannt werdende Arbeitsgelegenheit sofort auf dem Bureau zu melden. S. A. A. Junold.

**Zum Konflikt** zwischen der Leitung des Zweigvereins Hannover und der dortigen Gesellschaft der fremden Maurer werden wir von zwei Seiten zur Stellungnahme genötigt, die wir sonst vermeiden hätten, da wir glauben, die Lösung des Konflikts der heilenden Zeit überlassen zu können. Der Zweigverein Hannover ersucht uns um Bekanntgabe der Gründe, die zur Stellung und Annahme des Antrages führten, der die fremden Maurer und die des Holandschachs von der Teilnahme an den Zweigvereinsversammlungen ausschließt. Wir geben aus der Zusage wieder, daß Zwistigkeiten zwischen den Fremden und den Holandschachs beizulegen, die sie dann in einer Versammlung des Zweigvereins zum Austrag brachten, und zwar, wie aus der Zusage allerdings nicht mit Sicherheit hervorgeht, in etwas handgreiflicher Weise, so daß sogar noch die Polizei zu tun feige. Des weiteren haben zwei Fremde den Vorsitzenden des Zweigvereins, den Kollegen Meißner, nach einem Wortwechsel gütlich angegriffen. Das ist in kurzen der Sachverhalt, der dann den oben erwähnten Beschluß herbeiführte, der in der Nr. 7 des „Grundstein“ im Bericht aus Hannover bekannt gegeben war.

Gegen diesen Beschluß richtet sich eine Zusage, die uns die Gesellschaft der fremden Maurer zu Altona geschickt hat. Das Schreiben stellt zunächst das seltene Vorgehen gegen den Kollegen Meißner etwas anders dar. Was uns jedoch das Wichtigste an ihm zu sein scheint, ist der Hinweis, daß der Beschluß des Zweigvereins Hannover weit über das Maß des in diesem Falle Angebrachten hinausgeht. Es wird ausgeführt, daß mit diesem Beschluß alle Fremden getroffen würden, auch die, die sich an diesem Vorkommisse gar nicht beteiligt haben. Bei dem schnellen Wechsel des Arbeitsortes, wie er bei den Fremden üblich sei, wären dieselben schon in drei Monaten ganz andere Kollegen dort, die dann, obgleich völlig unschuldig, unter diesem Beschluß zu leiden hätten. Es sei darum geboten, daß der Zweigverein Hannover diesen Beschluß aufhebe.

Wir schließen uns dieser Meinung an. Es wäre besser gewesen, wenn sich der Zweigverein mit seinem Vorgehen auf die wirklich Schuldigen beschränkt hätte. Es dürfte darum das Beste sein, daß sich der Zweigverein nochmals mit der Angelegenheit befaßt und dann Maßnahmen trifft, worunter nicht unschuldige Kollegen zu leiden haben. Mit etwas mehr Mäßigkeit und weniger Herabsetzung läßt sich manches zum guten Ende führen. — Um jedoch keinen Vorwand über unsere Stellungnahme aufkommen zu lassen, wollen wir hier ausdrücklich aussprechen, daß wir die dort vorgekommenen Ereignisse auf scharf beurteilen.

**Altenrade.** (Jahresbericht.) Die Konjunktur war hier im verfloßenen Jahre sehr gut, fast noch besser als im Jahre 1906. Der Zweigverein hat sehr gute Fortschritte gemacht. Es wurden im Berichtsjahre 19 Mitglieder aufgenommen. Drei von den aufgenommenen Mitgliedern gehörten schon einmal dem Verbande an. Die übrigen 16 Neuaufgenommenen sind vom Lande und waren hier in der Stadt in Tätigkeit. Im Beitragsmarke wurden verkauft: 2069 à 45 Pf. und 560 à 50 Pf. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse bilanzierte mit M. 1228,30, für die Nebenkasse mit M. 560,25. Es verbleibt ein Kassensaldo von M. 196,03. Das Leben in unserem Zweigverein hat sich im letzten Jahre ganz anders gestellt. Durch verschiedene energische Maßnahmen und Weisungen hat sich namentlich die Organisationsdisziplin und der Versammlungsbesuch in erheblichem Maße verbessert.

**Bamberg-Memelsdorf.** Sonntag, 10. Februar, wurde von dem hiesigen katholischen Maurerverein der Versuch gemacht, eine Filiale des christlichen Maurerverbandes ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck hatte man den christlichen Agitator Sommer nach hier berufen, um den Maurern die zur Bildung der Filiale benötigte Portion Dummheit einzufloßen. Alle Bemühungen des Herrn Sommer blieben aber erfolglos, es ließ sich niemand einfangen, da jedermann diesen Vogel sofort erkannte. Nicht sonderlich berührt es, daß dieser Organisationsgepöhlter den Maurern Eingetragte predigte. Er meinte, die Arbeiter müßten sich einig sein und dürften allesamt nur einem Verein angehören. Die schönen Lobpreisungen auf die Einigkeit der Arbeiter unter sich waren aber total verfehlt; ein Streikbrecherdasein ließ sich nicht gründen. Herr Sommer mußte zu seinem großen Leidwesen erkennen, daß hier schon alle Maurer, 108 an der Zahl, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehören. Als er endlich, daß er an eine falsche Adresse gekommen war, packte er seine Sachen, Statuten, Flugblätter und Aufnahmeformulare zusammen und verließ nach einem anderthalbstündigen Aufenthalt in großer Eile unser Dorf. Wohl Zufall wurde er hinaus begleitet. Er wird es sich wohl nicht noch einmal einfallen lassen, hierher zu kommen, da ihm der Boden hier zu heiß ist. Mögen die Kollegen allerorts den christlichen Organisationsgepöhlern einen ähnlichen Abzug bereiten, dann werden wir vor Streikbrechern ziemlich gesichert sein. Die hiesigen Kollegen mögen aber nach wie vor ihren Verband halten und für seinen Ausbau wirken! Wäre unsere Hauptkassette reichlich für uns verlaufen, so hätten wir auch einen Fadelzug veranstalten können, wie er jetzt dem Magistratsrat Wang (auch ein Arbeiterfreund) gebracht worden ist.

**Coblenz.** Am 3. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Kollege Pfeiffer erläuterte den Jahresbericht. Im Schlusse des Jahres 1906 hatten wir 177 Mitglieder, im ersten Quartal d. J. hatten wir 37 Neuaufnahmen und trotzdem am Schlusse nur 123 Mitglieder. Im zweiten Quartal hatten wir 20 Neuaufnahmen und nur noch 97 Mitglieder. Schuld an dem Rückgang der Mitgliederzahl ist die große Arbeitslosigkeit im ganzen Zweigvereinsgebiet im ersten Halbjahre des Jahres 1906. Die Mehrzahl der Kollegen reiste ab. Im dritten Quartal, als sich die Arbeitsgelegenheit etwas gehoben hatte, wuchs auch die Zahl der Mitglieder. Aufgenommen wurden 26; zugeworfen sind 39, abgereist 17, ausgeschieden wurde 1, zum Militär einberufen 4 Kollegen. Bestand am Schlusse des dritten Quartals 140 Mitglieder. Im vierten Quartal wurden 82 Kollegen aufgenommen, zugeworfen sind: 47, abgereist 22, Bestand am Schlusse des Jahres

197 Mitglieder. Mitgliederversammlungen wurden 11 abgehalten, ferner 8 öffentliche und 2 Generalversammlungen, darunter 1 außerordentliche. Gesamtbesuchsdifferenzen fanden 7 und Sitzungen des engeren Vorstandes fanden 12 statt. Die Lohnverhältnisse sind die denkbar schlechtesten. In Ober- und Niederlohnsektoren verdienen die Kollegen im Frühjahr eine Erhöhung des Lohnes und Verstärkung der Arbeitszeit zu erzielen, es wurden an die Unternehmer diesbezügliche Forderungen eingereicht. Die Herren aber verfolgten die altbekannte Taktik: sie legten 20 bis 30 Pf. zu und die Kollegen verzichteten auf Forderung und Organisation, trotzdem daß sie vom Kollegen Pfeiffer in jeder Besprechung auf den Trübsal der Unternehmer vorbereitet und davor gewarnt wurden. Schuld an dem Mißerfolg ist auch zum Teil der dortigen Behörde zuzuschreiben, die mit allen Mitteln arbeitete, um das Lokal abzutreiben. Leider hatte sie auch durch die Mißgratlosigkeit des Vorgesetzten Erfolg. Durch allerlei Schikanen seitens Behörde und Unternehmern verloren die Kollegen den Mut, zumal sie ja nun bei einstufiger Arbeitszeit M. 3,80 bis M. 4 verdienen (vorher verdienten sie M. 3,50 bis M. 3,70). Endlich sehen sie aber doch ein, daß nur die Organisation diesen kleinen Fortschritt gebracht hat, denn nun treten sie wieder dem Verbandsrat bei, um so in wirksamer Weise Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Nützlich so war es in Anbetracht der Lohnverhältnisse nicht dort noch trauriger. Fremde Kollegen erhalten bei einstufiger Arbeitszeit M. 4,50 bis M. 4,80, während den anständigen und den Kollegen aus der Umgegend nur M. 3,30 bis M. 3,60 ausbezahlt werden. Die Unternehmer sagen: „Die Fremden können für diesen Lohn nicht arbeiten, weil sie Kost und Logis teuer bezogen müßten; ihr aber habt ja Geld, ihr zieht euch ja selbst eure Lebensmittel; da könnt ihr billiger leben und infolgedessen auch billiger arbeiten.“ Natürlich sollte man meinen, es sei eine Kleinigkeit, die Kollegen dem Verbandsrat zuzuführen, um dieser Frontarbeit ein Ende zu bereiten! Aber der Einfluß der Günstigkeit im dortigen Bezirk ist noch zu groß und durch diesen ebenfalls die Angst vor dem sozialdemokratischen Verband. Als Beweis diene folgender Vorfall: Kollege Pfeiffer war im Laufe dieses Sommers öfter auf den Baustellen in Anbetracht. Es gelang ihm auch, bei den Kollegen des Ortes sich, der die meisten Maurer für Anbetracht stellt, Anschluss zu finden. Es wurde eine Besprechung im Orte abgehalten, an der 21 Kollegen teilnahmen; alle 21 Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verband. Nun verlangten sie für den nächsten Sonntag eine öffentliche Versammlung, um die übrigen Kollegen ebenfalls zu gewinnen. Alle Vorstellungen des Kollegen Pfeiffer, daß eine öffentliche Versammlung verfehlt sei, nützte nichts; die Versammlung mußte einberufen werden, die jedoch mit der Abtreibung des Lokales seitens des Herrn Postos endigte. Nun erklärte der sozialistische Herr Pastor: „Wenn ihr absolut organisiert sein wollt, dann gründet ihr eine Zählstelle zum Christlichen Verbande!“ Daselbst hat dieser Herr vor zwei bis drei Jahren, als unserselbst vertrieben wurde, dort eine Zählstelle zu gründen, schon einmal gelang; er gründete damals auch eine Zählstelle des Christlichen Verbandes, die Maurer wurden Mitglieder, bezahlten Eintrittsgeld, eine Woche Vertrag, zum Teil auch zwei Wochen; dann erklärte der Herr Pastor: „Es hat ja doch keinen Wert, lassen wir es lieber!“ Aus diesen Gründen wollten die Kollegen zum zweiten Mal keinen Christlichen Verband, traten aber auch dem unsrigen nicht bei. Wir hoffen jedoch, daß in diesem Jahre wieder sehr viel Arbeit vorhanden ist, daß wir tüchtige Verbandskassen auswärts nach Anbetracht bekommen, die tatkräftig mitarbeiten; unserer Organisation auch in Anbetracht Eingang verschaffen. Dann hatten wir Ende August in Niederlohnsektor am Klosterneubau der Firma Tögel & Co. (Coblenz) eine Wappserie. Es sollte an den Unternehmern seitens des Kollegen Pfeiffer eine Forderung auf Zahlung eines einheitlichen Lohnes von 42 Pf. pro Stunde eingebracht werden (bezahlt wurden 39 bis 42 Pf.); bevor aber das Schriftstück abgegeben war, wurde der Wappeserie, Kollege Schmidt, und der Vorgesetzte des Zweigvereins, Kollege Strutz, gemahngel. Die Verhältnisse waren günstig, und so legten die Kollegen die Arbeit nieder, mit Ausnahme des ehemaligen Mitgliedes Stephan Mollenbaum, der für den Vorarbeiter in Coblenz beschäftigt war und erklärte: „Wenn wir wieder nach Coblenz kommen, wollen wir den Verband schon hoch bringen!“ Er kam und wurde Streikführer. Nachdem unsere Kollegen in anderer Arbeit untergebracht waren und erklärt hatten, nicht mehr bei Tögel arbeiten zu wollen, sah auch ein paar Arbeitswütige eingeunden hatten, wurde beschloßen, die Sperrung aufzuheben, zumal der Unternehmer erklärte, allen in Arbeit tretenden Maurern 42 Pf. auszahlen zu wollen. Natürlich erklärte er auch, seine Verbandskassen einnehmen zu wollen, jedoch geht es dem Herrn, wie es noch so manchmal ergeht, wenn er seine anderen bekommt, dann nimmt er auch Verbandsmaurer. Hierbei ist noch ein Fall zu erwähnen, worüber zu berichten verstanden wurde; es arbeitete nämlich an der Baustelle auch der frühere Leiter des Zweigvereins, Fritz Eick; dieser wurde vom Kollegen Pfeiffer, der über das Tun und Treiben Eicks nicht orientiert war, in den Verband aufgenommen. Am 14. September, in der regelmäßigen Versammlung des Zweigvereins, wurde die Aufnahme, als zu Unrecht erfolgt, für ungültig erklärt. Der Kassendirektor wurde auf Verstoß der Mitglieder zurückgestellt, weil die Abrechnung noch nicht fertiggestellt war und wird in der nächsten Versammlung den Mitgliedern hestographiert vorgelegt werden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt; nur an Stelle des nicht anwesenden zweiten Kassierers wurde Kollege Johann Kren in Wilsdorf gewählt. Im dritten Punkte, die Lohnbewegung im Jahre 1907, wurde in Anbetracht der schlechten Löhne und in Anbetracht der teuren Lebensmittelpreise und in Erwägung dessen, daß wir in diesem Jahre mit einer verhältnismäßig guten Konjunktur zu rechnen haben, beschloßen, Forderungen auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzubringen. Der Vorstand wurde beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten. Weiter wurde den Kollegen zur Pflicht gemacht, in weitgehendem Maße für die Ausbreitung und den Ausbau der Organisation beizustehen. Mit einer Mahnung des Kollegen Pfeiffer an die Kollegen, jeder möge seine ganze Kraft einbringen, um den Beschluß in die Tat umzusetzen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Cottbus.** Der hiesige Zweigverein hielt am 11. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die einigermaßen besucht war. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vorgelesen hatte und die Revisoren und der Vorstehende sie bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Das Stiftungsfest soll im Mai stattfinden; dem

Vorstande wurde überlassen, es zu arrangieren und das Programm in der nächsten Versammlung den Kollegen zu unterbreiten; um die Kosten zu decken, soll jeder, der das Vergnügen mitmacht, 75 Pf. zahlen. Es kam dann die Sache betreffs des Abtrübens auf dem Neubau in der Luchterstraße, wobei dem Arbeiter Jant das Bein durchgeschlagen wurde, zur Erörterung. Es wurde vom Kollegen Bergammer sehr gerügt, daß das Abtrüben in so unvorsichtiger Weise vorgenommen worden sei. Ferner erwähnte der Kollege Bergammer die Kollegen, dem Komsumverein beizutreten und ihre Waren von dort zu beziehen; weiter forderte er die Kollegen auf, endlich mal das Quatschblatt, den „Cottbuser Anzeiger“, aus Arbeiterwohnungen auszumergen und dafür die Arbeiterpreise für Cottbus, die „Märkische Volksstimme“, zu lesen. Dann stellte der Kollege Guste den Antrag auf Unterstützung; der Antrag wurde von der Versammlung angenommen und der Vorstehende beauftragt, sich mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu setzen. Schluß der Versammlung 7 Uhr.

**Danzig.** Am 7. Februar fand die diesjährige Generalversammlung des Zweigvereins in dem Lokale des Herrn Sieppich in Schödlitz statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bekanntgabe der Abrechnung vom vierten Quartal und der Jahresabrechnung für 1906. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes und der anderen Funktionäre. 4. Verschiedenes. Nachdem die Verlesung des Protokolls von der letzten Versammlung erfolgt und da keine Einwendungen gemacht wurden, dieselbe angenommen war, verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1475. Die Einnahme und Ausgabe betrug M. 6680,70, davon sind M. 4237,60 an die Hauptkasse gelangt. Die Einnahme der Nebenkasse betrug inklusive eines Bestandes von M. 3729,04 am Beginn des Quartals M. 6725,74, die Ausgabe M. 2299,26, demnach verbleibt ein Kassensaldo von M. 4426,49; davon sind der Bank belegt M. 2800. Der Markumschlag belief sich auf 14 815 Stück. Die Jahresabrechnung ergab eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 1377, das ist eine Zunahme gegen 1905 von 204 Mitgliedern. Die Jahreseinnahme der Hauptkasse stieg von M. 1715,90 im Jahre 1905 auf M. 2735,32 im Jahre 1906, das ist eine Zunahme von M. 9434,12. Eingekauft an die Hauptkasse wurden im Jahre 1905 M. 11540,45, 1906 M. 12406,28. Der Markumschlag stieg von 87 119 im Jahre 1905 auf 51 632 Stück im Jahre 1906, das ist mehr 14 513 Stück. 1905 rückten auf jedes Mitglied 31,64 Pf. Zugsanwartschaften, 1906 37,49. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wies der Berichtsführer Kollege Grünhagen zunächst darauf hin, daß gemäß dem Beschlusse der Generalversammlung vom 18. Januar 1906 der diesjährige Geschäfts- und Kassensbericht gedruckt herausgegeben sei. Dadurch sei allen Kollegen Gelegenheit gegeben, sich über die Tätigkeit des Vorstandes in jeder Weise zu informieren. Unter Bezugnahme auf den vorliegenden Bericht wies der Berichtsführer dann auf die hauptsächlichsten Punkte hin. Angegründet wurden die Zahlstellen Mewe, Welpin, Schöndorf, Bruns, Lauenburg, Carlsburg und Verent. Die beiden letzteren sind infolge der Verhandlungslosigkeit der Kollegen wieder eingegangen. Lohnbewegungen wurden geführt in den Bezirken Schönbaum, Schöndorf, Tietzenhof, Neulitz, Flew, St. Starzard und Danzig; in den letzteren sechs Orten kam es zum Streik, während die Lohnbewegung in Danzig durch Verhandlungen mit den Unternehmern erledigt wurde. Außerdem waren noch vier Pensionen notwendig, davon eine gegen die Firma Wiens in Tietzenhof; eine gegen den Unternehmer Wüchman in St. Starzard; die anderen beiden gegen die Firmen Meidenberg und Köhner in Danzig. An diesen Bewegungen waren, soweit die Arbeit eingestellt werden mußte, 352 Kollegen beteiligt. Davon waren verheiratet 223 mit 551 Kindern. Zur Durchführung der Forderung mußten diese Kollegen an 3151 Tagen die Arbeit einstellen. An diesen Tagen hatten sie eine Einnahme an Arbeitslohn von M. 11302,38, an Streikunterstützung wurden für die Arbeitslosen einkommen aus der Hauptkasse M. 5692,30 gezahlt. Erzielt wurde durch diese Lohnbewegungen ein wöchentlich Mehrerwerb von M. 2573,68 und eine Verstärkung der Arbeitszeit um 1062 Stunden pro Woche. Tarifverträge belegen in neun Bezirken, davon ist in sieben Bezirken unsere Organisation die vertragsschließende Körperschaft und in zwei Fällen die „christliche“ Organisation. Namentlich umfangreich war auch die geschäftliche Tätigkeit des Vorstandes. Es gingen ein: 483 Pakete, 488 Briefe, 294 Postkarten, 42 Zugsanwartschaften, 56 Wohnanmeldungen und 11 Telegramme. Es gingen aus: 248 Pakete, 566 Briefe, 368 Postkarten, 9678 Zugsanwartschaften, 14 Wohnanmeldungen und 4 Telegramme. Außerdem wurden für Mitglieder noch angestrichen 47 Klagen an das Schiedsgericht der Bauunion und angestrichen 15 Klagen an das Amtsgericht, 5 Klagen an das Schiedsgericht für Arbeitgeberverpflichtung und 59 sonstige Schriftsätze an Behörden, Gerichte usw. In den Zweigvereinsvorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Grünhagen, als erster Kassierer Kollege Bog. Das Verbot für die Angeklagten wurde in der nächsten Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

**Darmstadt.** Sonntag, den 10. Februar, fand die Mitgliederversammlung der Zählstelle Grob-Zimmermann statt. Der Vorstehende Meißel gab den Jahresbericht. Die Einnahme an Beiträgen betrug M. 3766,30, die Ausgabe M. 3078,01. An Krankenunterstützung wurden M. 354,75 ausbezahlt. Der Mitgliederbestand war am 1. Januar 1906 200 und am 31. Dezember 1906 234. Neu eingetretene sind im Jahre 1906 33 Kollegen, ausgetretene sind 16, abgemeldet 6, angemeldet 4, gestorben 2. Als der neue Beitrag von 55 statt 50 Pf. in Kraft trat, waren die Kollegen der Meinung, daß mit ziemlich viel Mitglieder verlieren würden, was aber nicht eingetroffen ist. Wir haben im Gegenteil eine gute Zunahme zu verzeichnen. Sietras sieht man, daß die Kollegen immer mehr den Wert der Organisation erkennen und fester zusammenhalten. Als erster Vorsitzender wurde wieder Kollege Georg Meißel gewählt. Der Unterassistent wurde von den beiden vorjährigen wieder übertragen und als Kassierer der Kollege Karl Göbel mit M. 10 Gehalt pro Quartal wiedergewählt. Auf Antrag des Kollegen R. Bullmann wurde beschloßen, die seither bildeten Wanderveranstaltungen aufzugeben; das Gasthaus „Zur Germania“ wurde als Vereinslokal gewählt. In „Verschiedenes“ wurde den Kollegen empfohlen, sich an den Vor-



tragen der Referenten-Schule in Darmstadt zu beteiligen, um ihr Wissen zu bereichern. Gegen 7 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

**Sonntag, den 10. Februar,** hielt die Zahlstelle Mörfelden ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht des ersten Bevollmächtigten ist die Mitgliederzahl von 210 auf 240 gestiegen, so daß nur noch acht Kollegen am hiesigen Ort uns fernbleiben. Die Kassenverhältnisse können im abgelaufenen Jahre als gut bezeichnet werden. Es wurden an die Zweigvereinskasse abgeliefert: im ersten Quartal M 613,53, im zweiten Quartal M 1509,39, im dritten Quartal M 1735,28, im vierten Quartal M 1235,34; in Summa M 5193,04. Die Einnahme der Zahlstelle betrug im ganzen Jahre M 610,75, die Ausgabe M 502,23; mithin blies ein Kassenbestand von M 108,52. Im Schlusse des abgelaufenen Jahres hatten 225 Mitglieder keine Beitragsrückstände, während fünf Mitglieder eine Woche, sechs Mitglieder zwei Wochen, ein Mitglied vier Wochen und drei Mitglieder fünf Wochen Beitragsrückstände hatten. In Unterstützung für erkrankte Mitglieder wurden von der Hauptkasse M 292,00 ausgezahlt. Aus der Zahlstelle wurden M 109,50 ausgezahlt. Es wurden 8 Mitglieder versammelt und 15 Vorstandssitzungen abgehalten. Bei auswärtigen Sitzungen im Zweigvereinsgebiet war die Zahlstelle hienieden durch Delegierte vertreten. Hausagitation wurde an drei Sonntagen vorgenommen, die jedesmal vom Erfolg war. Kassenrevisions wurden zweimal vom gesamten Vorstand und viermal durch die Revisoren vorgenommen. Kassen- und Buchführung wurde in bester Ordnung vorgenommen. Für die Lithographen und Stein-drucker wurden auf Sammelkosten M 23,70 aufgebracht. Eine Anregung der örtlichen Verwaltung, das jährliche Besehen unserer Organisation in diesem Jahre schriftlich zu belegen, wurde abgelehnt, da die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Ansicht war, daß wir wichtigeren Arbeiten zu tun hätten, als Feste zu feiern. Bei der Vorstandswahl wurde die Mehrheit der bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Mit dem Wunsch, daß unsere Organisation sich noch weiter entwickeln möge, wurde die im-pulsante Versammlung geschlossen.

**Deßau.** Am 6. Februar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der Vorsitzende bedauerte zu-nächst den schwachen Besuch; er hätte gehofft, bei der wic-tigen Tagesordnung vielmehr so viel Kollegen zu sehen, als erschienen seien. Sodann referierte der Arbeiterreferat-Georg Schmidt über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Hierauf wurde über die Beitragserhöhung ge-sprochen; es wurde beschlossen, die Beschlüsse des Verbands-tages abzuwarten. Die Sperre über den Bau Ländle bleibt bis auf weiteres bestehen.

**Eisenburg.** Die am 7. Februar hier abgehaltene Ver-sammlung beschäftigte sich mit der Delegiertenwahl zum Ver-bandstage. Es wurden für März 62, für April eine Stimme abgegeben. Hierbei wurde noch der von Tausch ein-gebrachte Vermittlungsbericht vom 9. Dezember 1906 zur Sprache ge-bracht. Die Versammlung weist die Vorwürfe auf entscheidende zurück und verlangt, daß die Sache berichtigt wird. Im April 1905, als Kollege Weimann die Eisenburger Kollegen fragte, ob sie nicht wo anders Unterstützung finden, waren drei Sperren in Eisenburg und die Kollegen arbeitslos. Ob Eisen-burger Kollegen die Sperre ersuchen haben? In die Zements-bunde, in der die Arbeiter hantieren, kam kein Kollege von Eisenburg hinein. Ferner arbeiteten im Oktober 1906 wieder Kollegen von Weimann am Gewerkschaftshaus. Die Eisen-burger Kollegen forderten sie auf, die Parteipresse zu lesen und den Wahlverein beizutreten. Die Weimann wollten natürlich davon nichts wissen; sie erklärten, daß sie in Tausch zu der-artigen Sachen nicht angeht. Die Versammlung nahm an, daß es nur ein Nachsatz der Weimann sei.

**Erfurt.** Sonntag, den 8. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der Kassierer, Stefan Gärner, gab die Quartalsabrechnung bekannt. Es wurde von den Revisoren angeführt, daß Kasse und Buch-führung sich in bester Ordnung befinden. Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß der vorjährige Schriftführer, Kollege Jos. Jahner, zu den Christlichen übergetreten sei. Jahner war sonst ein Gegner der christlichen Organisation; der Grund zu dem Uebertritt ist darin zu suchen, daß der Kollege unterm Pantoffel steht und die Frau die Sohlen an hat. Es wurde an dessen Stelle Seb. Meier gewählt. So-dann gab der Vorsitzende bekannt, wie nach dem Statut § 19a gehandelt werden muß. Es kam zu einer lebhaften Diskussion. Der Paragraph wurde von allen Kollegen ab-gelehnt mit der Begründung, daß die Kollegen alle Woche nach Hause fahren und sich bei Streik andere Arbeit suchen, keine Streikunterstützung beziehen und noch keine bezogen haben; deshalb genüge der bisherige Beitrag im Zweigverein. Der § 19a soll auf dem Verbandstag abge-ändert werden.

**Essen-Notthausen.** Das Jahr 1906 stand im Zeichen der Hochkonjunktur, was nicht ohne Einwirkung auf unsere Zahlstelle geblieben ist. Nachfolgender Bericht möge für die Kollegen, die uns im verflohenen Jahre treu ge-holfen haben, auch in diesem Jahre ein Ansporn zu erneuter kräfti-gender Tätigkeit im Dienste der Organisation sein. Der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 1905 war 18. Am Schlusse des Jahres 1906 45. Neu eingetretene sind im Berichtsjahre zusammen 89 Kollegen, davon 30 zum Ein-trittsgeld von 50  $\frac{1}{2}$  und neun zu M 1,50. Die Jahres-einnahme betrug M 1851,40. Sie hätte über M 2000 betragen müssen, wenn nicht mancher Kollege die leibige Angehörig-keit hätte, ohne sich abzumelden und die schuldigen Beiträge zu bezahlen, abzureißen. Übergetreten von den Christlichen sind 18 Kollegen. Der Kassenbestand am Schlusse 1906 betrug M 52,91, 1905 M 14,25. Der Versammlungsbesuch war vom Frühjahr bis zum Herbst zufriedenstellend; nach-her sank er ab. Offenbar reiben sich die Kollegen beim Herannahen des Frühlings den Winter schlaf aus den Augen und erscheinen wieder so zahlreich in den Versammlungen wie früher. Es ist zu bedenken, daß wir im letzten Jahre des Karfils leben; unsere Kollegen müssen alle so geschult werden, daß sie im nächsten Jahre als sturmerprobte Kämpfer auf dem Kampfsfeld erscheinen können. Ebenso ist es Pflicht der Kollegen, die Baudelegiertenleistungen zu be-zahlen, denn das Baudelegiertensystem hat uns im ver-

flohenen Jahre den Erfolg gebracht, den wir jetzt aufweisen können. Das Verbandsstatut ist wieder, wie früher, beim Wirt Beerlage, Auf der Meise. Die Versammlungen finden statt jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, und jeden dritten Sonntag im Monat, Vormittags 11 Uhr. Da unsere Kollegen nicht an der Oberfläche haften bleiben, be-weist, daß ziemlich alle Leser Abonnenten der Arbeiter-zeitung und im Durchschnitt ein Drittel Mitglieder der Partei sind. Ist dies Resultat auch nicht zufriedenstellend, so werden wir uns auf diesem Gebiete in diesem Jahre vorwärts kommen. Für die Landorte des Zweigvereins Essen wurde als Delegierter zum Verbandstage unser Kol-lege Bernh. Gernreich gewählt. Nun etwas zum Ver-hältnis hier am Orte zu den „Christlichen“. Daß es gut ist, beweist der Uebertritt der 18 Kollegen. Ist die Zahl auch nicht groß, so ist sie doch für die hiesigen Verhältnisse zu-friedenstellend, zudem, wenn man bedenkt, daß die Zahl-stelle der Baubildarbeiter hierseits acht Uebertritte zu verzeichnen hat. Das schönste passierte hier am 1. Februar, als 34 Vertreter zur neuen Ortskonferenz gewählt wurden. Die „Christen“ lehnten einen von uns gemachten Vor-schlag, gemeinsam vorzugehen, ab, verbündeten sich aber mit der Firma Ostermann, Zementfabrik, hierseits, und stellten nun auf einer gemeinsamen Liste die Hälfte Un-organisierte auf; alles nur aus Liebe zu den Freien. Bei der Sachlage war es vorzuziehen, daß wir unterliegen mußten, und so kam es denn auch. Daß wir dies Vor-sommis nicht vergessen werden, ist selbstverständlich. Da hier eine gute Kaufkonjunktur zu erwarten ist, erlauben wir die Kollegen, die im vorigen Jahre hier waren, zeitig zu kommen und an dem weiteren Ausbau der Zahlstelle mitzu-helfen.

**Frankfurt a. M.** Sonntag, den 10. Februar, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Langen, die ziemlich gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Voos den Bericht über die Gesamtorganisation des Zweigvereins. Sodann wurde die Delegiertenwahl zum Verbandstage vorgenommen; es stimmten 174 Kollegen. In „Verschiedenes“ wurden einige Vorlesungen im Kanakau einer angenommen, monach und ein Antrag des Kollegen Werner angenommen, monach in Zukunft jeder Kollege verpflichtet wird, alle Mitstände sofort der Zweigvereinsleitung mitzuteilen. Zum Schlus gab Kollege Zimmer noch einen kurzen Mittelsatz auf die eben beendeten Reichstagswahlen und forderte alle Kollegen auf, den hiesigen sogenannten bürgerlichen Parteien durch Eintritt in den Konsumverein und durch Abonnement auf das „Offenbacher Abendblatt“ die richtige Antwort auf ihre ungemein geschätzten, verlogenen und verleumderischen Flugblätter zu geben.

**Sonntag, den 10. Februar,** tagte die dies-jährige Generalversammlung der Zahlstelle Völsel, die von 100 Kollegen besucht war. Wir Edeles dieses Geschäfts-jahres blieben wir nun in unserer Zahlstelle auf ein zehn-jähriges Bestehen zurück. Ein ganzes Stück geschichtlicher Entwicklung könnte hier aufgeführt werden, wolle man auf Einzelheiten während dieser zehn Jahre näher eingehen. Deshalb sei nur das wichtigste über die Mitgliederbewegung während dieser Zeit hier vorgeführt. Bei Gründung im Jahre 1897 waren 179 Kollegen dem Rufe der Organi-sation gefolgt; 1898 stieg die Zahl auf 206, um in den Jahren 1899 und 1900 wieder auf den alten Stand von 180 herabzusinken. Von 1901 ab ist die Entwicklung stetig geblieben. Die Mitgliederzahl ist von 200 auf 229, im Jahre 1902, auf 257 im Jahre 1903, auf 284 im Jahre 1904, auf 288 im Jahre 1905 und erreichte mit Schlus dieses Rechnungsjahres die Höhe von 310 Mitgliedern. Die Ein-nahmen zeigen daselbst Verhältnis wie die Mitglieder-bewegung; sie betrugen im Jahre 1897 rund M 1000 pro Jahr, während das Jahr 1906 mit einer Einnahme von M 1500 abschließt. Bemerkenswert ist hierzu, daß unserer Zahl-stelle einige Filialen angegliedert sind, deren Einnahmen den vorstehenden Zahlen eingerechnet wurden. In Völsel selbst stehen nur noch acht Kollegen dem Verbands fern, und dürfte es sehr schwer fallen, diese hartnäckigen Gegner für die Organisation zu gewinnen. Sehr erfreulich ist auch die Tatsache, daß der weitaus größte Teil der hiesigen Maurer dem sozialdemokratischen Verein als Mitglied angehört und die Parteipresse, „Frankfurter Volksstimme“, liest. Es wurde der Wunsch geäußert, daß das jährliche Bestehen unserer Zahlstelle in diesem Jahre festlich begangen werde, wenn auch nicht durch großen Rummel, so doch in engerem Rahmen, indem der Entwicklungsgang der Gewerkschaften im allgemeinen und der Zahlstelle im besonderen den Mit-gliedern vorgetragen wird. Für die Unterhaltung sollen die Gesangsvereine, denen Maurer als Mitglieder an-gehören, herangezogen werden. Eine größere Debatte verur-sachte der in Frankfurt a. M. beschlossene, in Höhe von zwei Tagelöhnen zu leistende Extrabeitrag im Jahre 1907. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß die Kämpfe in den nächsten Jahren ohne Extrabeiträge nicht zu führen seien. Die Kollegen hoffen, daß der Verbandstag zwischen dem höchsten beantragten und dem niedrigsten eine Mittel-linie finden wird, die allen Kollegen dann auch maßgebend sein muß. Erfolgreich war es, daß sich nicht wieder solche Szenen abspielten, wie bei der Beitragserhöhung im letzten Jahre. Nachdem die Vorstandswahl vollzogen war, in der Kamerad Schwarz zum Vorstehen und Karl Schneider zum Kassierer gewählt wurden, wurden noch einige Kollegen in andere Organisationen delegiert. Außerdem wurden noch die Stichwahlen zum Verbandstag vorgenommen. Es beteiligten sich daran 84 Kollegen. Zu Delegierten zu der am 10. März in Frankfurt stattfindenden Konferenz wurden die Kameraden Schwarz und Martin Red bestimmt. Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Freiburg.** Am 10. Februar hielt der hiesige Zweigverein eine Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassierer verlas zunächst die Quartalsabrechnung und den Jahresbericht. Die Einnahme im vierten Quartal betrug M 1801,19, die Ausgabe M 424,54. Die Jahres-einnahme betrug M 2265,35, die Ausgabe M 1078,70. Der Kassenbestand der Zahlstelle betrug am Jahreschlus M 1176,65, davon sind M 400 in der Sparkasse. Der Mit-gliederbestand am Jahreschlus betrug 884. Es wurden 16 Mitglieder, 7 öffentliche Versammlungen und 11 Sitzungen abgehalten. Revisionen wurden neunmal vorgenommen. Die Vorstandswahl verlief resultatlos, da kein Kollege einen Posten

annehmen wollte. Kollege Heiber rüstete dies und sprach sein Bedauern darüber aus, daß nach eifrigem Bestehen der Organisation sich ein derartig beschämendes Bild zeige. Die Saumlage der Kollegen sei so groß, daß bei einer so wichtigen Tagesordnung von 884 Mitgliedern nur 76 anwesend seien. Wenn das so weiter gehe, würden die Kollegen zu ihrem Schaden bald einziehen, wogegen das hiesige. Kollege Heiber erwähnte die Kollegen, mehr Mut zu fassen und fest zur Organi-sation zu halten, dann werde auch der Zweigverein bald ein besseres Bild darstellen als es augenblicklich der Fall ist. Der Vorsitzende gab hierauf die Beschlüsse, die die Kassiere am 27. Dezember d. J. gefaßt haben, bekannt. Danach soll das Konto abgeschafft werden. Dieser Beschlus wurde von der Ver-sammlung einstimmig gutgeheißen. Der zweite Beschlus geht dahin, als Polier mindestens 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde mehr zu fordern als der übliche Lohn beträgt. Auch dieser Beschlus wurde ein-stimmig gutgeheißen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen noch ermahnt hatte, die Versammlungen besser zu besuchen und fester zur Organisation zu halten, folgte Schlus der Versammlung. Am 8. Februar sollte eine Versammlung abgehalten werden, die aber ausfallen mußte, weil sie leider nur von 48 Mitgliedern besucht war. Es ist ein trauriges Zeichen für den Zweigverein, daß er nicht einmal eine Verwaltung zu Stande bringen kann. (Vielleicht geht es den Kollegen in Freiburg-Kreislohn nach eif-riger Organisationszugehörigkeit schon so gut, daß sie glauben, eine Organisation jetzt einziehen zu können! Redaktion des „Grundstein“.)

**Greene.** Die gewerkschaftliche Organisation steht jetzt hier und in der Umgebung immer besser fest. Es befehen jetzt hier Zahlstellen der Maurer, Zimmerer, Nummer- und Maurer-verbände. Der Mitgliederbestand unseres Zweigvereins ist seit dem 1. Januar d. J. von 68 auf mehr als 100 gestiegen. Wahrscheinlich, ein erfreulicher Fortschritt! Die Kollegen von Gander-sheim und Umgebung scheinen jetzt auch erkannt zu haben, daß ohne die Organisation nichts zu erreichen ist, denn nach und nach treten alle dem Verbands bei. Besonders lobenswert ist, daß verschiedene Kollegen jetzt ein Agitationsstalent entwickeln, das ihnen früher kaum zugekannt wurde. Sonntag, den 10. Februar, tagte in Oppenheim unsere Monatsversammlung, die gut besucht war. Zunächst legte der Kassierer, Kollege Metz, die Jahres-sowie die Quartalsabrechnung vor, die von den Kassenrevisoren geprüft und für richtig befunden wurden. Nach Erledigung der Wahl des Vorstandes, der Kassenrevisoren und der Lohn-kommission, sowie der Stichwahl eines Delegierten zum Verbands-tage, wurde auch über unsere bereits eingereichten Lohnforderungen debattiert. Es zeigte sich, daß die Stimmung der Kollegen recht aufrichtig und kampfbereit ist. Es wurde beschlossen, Sonntag, den 24. Februar, eine Versammlung nach Wehrhede einzuberufen, um noch mehr Kollegen von Gander-sheim und Umgebung dem Verbands zuzuführen. Recht so, Kollegen, nur immer mutig vorwärts geschritten! Dann fand wir auch sicher, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich immer besser ge-stalten, denn: „Dem Mutigen gehört die Welt.“

**Hamburg.** Die Zahlstelle Wandsbek hielt am 12. Februar ihre Hauptversammlung ab. Zunächst wurde das Audienzen an den vorhergehenden Kollegen E. Hone in bekannter Weise gelehrt. Hierauf erstattete Stiebel den Jahresbericht. Die Zahlstelle zählt 241 Mitglieder, davon 11 Ehrenmitglieder. Versammlungen haben neun getagt; ferner sind sieben Sitzungen und drei Baudelegiertenleistungen abgehalten worden. Kartell-berichte wurden vier erstattet. Einige Vorträge konnten wegen schwachen Versammlungsbesuchs nicht gehalten werden. Bei vier Unternehmern kam es im Laufe des Jahres zu Differenzen, doch wurden diese zu unseren Gunsten geregelt. Weniger Glück hatten wir mit zwei Hilfskassierern, da sie Gelder unterschlugen und dafür gerichtlich bestraft wurden. Den Kassenbericht gab Kieker. Die Einnahme für die Zahlstelle betrug M 1235,50, die Ausgabe M 929,78, bleibt Bestand M 805,74. Es sind 41 Kollegen zu- und 30 abgetreten, vier müssen zum Wirt, einer ist ausgestritten und einer wurde wegen Schulden ge-strichen. Die Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt: als Obmann Stiebel, als Kassierer A. Kieker. Durch Kollegen Schmiedeke, als Mitglied der Baudelegiertenkommission, wurden Plakate „Anleitung zur ersten Hilfsleistung“ verteilt. Diese sollen neben den Unfallversicherungsplakaten in den Bauenden ausgeteilt werden. Nachdem noch einige interne Angelegen-heiten erledigt waren, erfolgte Schlus der äußeren Sachwe-sungen. Es werden alle Kollegen, hauptsächlich aber die jüngeren, dringend aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen, um auch mitzuarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation.

**Heide.** In der am 12. Februar abgehaltenen Mitglie-derversammlung gab der Kassierer zunächst den Quartalsabschlus vom vierten Quartal 1906 und sodann den Jahresbericht für 1906 bekannt. Da Einspruch hiergegen nicht erhoben wurde, wurde die Entlastung des Kassierers ausgesprochen. Dann berichteten die Kollegen Ode und Mack über die am Sonntag, den 10. Februar, abgehaltene Kreiskonferenz. Sie fand in Heide bei dem Gastwirt W. C. statt. Dazu waren vom Bauvorstand geladen die Vorstehen resp. Stellvertreter der Zweigvereine von Brunsbüttelkoog, Heide, Hüsum, Jechow, Lunden, Marne, Melbort, Tinning und Wiltzer; vom Bauvorstand waren die Kollegen Steinde und Mack anwesend. Kollege Steinde habe über den Antrag des Verbandsvorstandes, den Verbands-ausschlus aus dem neunten Verbandstag in Elm, betreffend Er-tragbeitrag 1907, referiert und sehr eingehend die Notwendigkeit der Stärkung des Reichthums durch einen Extrabeitrag für die Sommermonate 1907 begründet. Nachdem sich die Kollegen aus Hüsum, Melbort, Jechow und Marne zustimmend hierzu ausgesprochen hatten, sei von Kollegen Mack als Heide er-nannt worden, daß es in Heide sehr schwierig sei, das Land-gebiet zu organisieren und bei einem höheren Beitrag unter Umständen noch schwieriger werden würde. Hierauf habe Kollege Steinde erwidert, daß die Kollegen auf dem Landgebiet doch auch Vorteile vom Verbands haben, weil sich die Löhne auf dem Lande nach den Stabilitäten richten. Vom Kollegen Mack ist erwähnt worden, daß sich die Mitgliedschaft nach jeder Beitragserhöhung nachweislich eher gekürzt als geschwächt habe. Hierauf ist von sämtlichen Anwesenden der Antrag des Verbandsvorstandes gutgeheißen worden. Weiter habe Kollege Steinde noch über praktische Agitation gesprochen und auf die am 28. April stattfindende Konferenz, die von jedem Zweigverein durch Delegierte zu beschließen sei, hin-gewiesen. Weiter habe Kollege Steinde den Anwesenden noch einige Mahnungen und Anweisungen betreffs Abrechnung und Unterstützungsabrechnung gegeben und dann sei die Konferenz



geschlossen worden. In der Stimmwahl zum Verbandstags-Delegierten zwischen Schmidpott-Sonderburg und Hoffmann-Siumm erhielt letzterer 19 Stimmen. Nachdem beschlossen worden war, die Bibliothek durch einige Neuanschaffungen zu verbessern, wurde die Mitgliederversammlung geschlossen.

**Siumm.** Sonntag, den 9. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß infolge einer Sausagitation 17 uns fernstehende Kollegen dem Verbandsbeirats beigetreten sind. Somit sind sämtliche Maurer Siumms, mit Ausnahme eines einzigen, der in nächster Zeit auch wohl noch beitreten wird, organisiert. Sodann wurde die Stimmwahl zwischen dem Kollegen Hoffmann-Siumm und Schmidpott-Sonderburg als Delegierten zum Verbandstages in Köln vorgenommen. Das Resultat der Wahl war, daß der Kollege Hoffmann einstimmig gewählt wurde. Sodann erfolgte die Lohnratifizierung. Der von dem Vorsitzenden vorgelassene, in Gemeinschaft mit der Lohnkommission des Zimmerer- und Hilfsarbeiterverbandes ausgearbeitete Lohnratifizierung wurde von der Versammlung bis auf einige kleine Veränderungen genehmigt. Der Lohnratifizierung soll dem Arbeitgeberverband vorgelegt werden und womöglich zum 1. April in Kraft treten. Die längste Arbeitszeit ist hierin auf neunzehn Stunden, die kürzeste auf sieben Stunden festgelegt. Der Lohn für Maurer- und Zimmererarbeiten soll 55  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Hilfsarbeiter 45  $\frac{1}{2}$  pro Stunde betragen. Hierauf wurde vom Kartelldelegierten Dr. J. ein ausführlicher Bericht über die Kartellsetzung vom 4. Februar d. J. erstattet. In „Wertschöpfung“ machte der Vorsitzende bekannt, daß schon vor Beginn der Versammlung eine Vorstandsberatung stattgefunden habe. Als Delegierter zur dieser Konferenz wurde vom Vorstand der Kollege Hoffmann gewählt. Sodann wurde beschlossen, das Kontrollatensystem einzuführen. Jedes Mitglied einer Gewerkschaft erhält zur Legitimation eine Kontrollkarte. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Arbeitersektoren „Eintracht“ am 24. Februar einen Gewerkschaftsball in Dreifach-Gasthof in der Wallstraße veranstaltet. Der Eintrittspreis beträgt 50  $\frac{1}{2}$  pro Paar, für die zweite Dame 30  $\frac{1}{2}$ . Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Klosterlausitz.** Sonntag, den 10. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine Versammlung ab, in der Kollege Jacob aus Leipzig einen sehr interessanten Vortrag hielt über das Thema: „Warum stellen die Arbeiter Lohnforderungen?“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Bei der Stimmwahl eines Delegierten zum Verbandstages erhielt Stöckner-Donnerberg 28 Stimmen und Triltsch-Allenburg eine Stimme. Der Maurer Ernst Enke aus Klosterlausitz wurde aus dem Verbandsausgeschloffen, weil er die Vorstandsmitglieder Kahl, Peter und Dammrich vor Gericht als Sozialdemokraten und rührige Parteigenossen denunzierte, also ein Denunziant schlimmster Sorte ist, den wir nicht im Verbandsduben können. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

**Rangelshausen.** Sonntag, den 3. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine Monatsversammlung ab, die nur von 30 Kollegen besucht war. Kollege Barmhof hielt einen Vortrag über die sozialpolitischen Gelege und die Aufgaben der Gewerkschaften. Er streifte in seinen Ausführungen das Krankenversicherungs-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Interesse verfolgt. Die Ausführungen wurden vom Kollegen Barmhof durch verschiedene Beispiele, betreffend Rentenversicherungen, Klarheit vor den Schiedsgerichten und vor dem Reichsversicherungsamt, ergänzt und die Frage betreffs Gründung einer Ortskrankenkasse angeschnitten, da die jetzige Leistung der Gemeindekrankenkasse gegenüber den Beiträgen minimal sei. Den anderen Gewerkschaften soll die Sache unterbreitet und verhandelt werden, hier am Orte eine Ortskrankenkasse zu gründen. Nachdem die Stimmwahl zum Verbandstages vorgenommen war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Die Maurer Leipzig hielten am 12. Februar im „Volkshaus“ eine öffentliche Versammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Stimmwahl der Delegierten zum Verbandstages vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Rühl, Baurerfeld, Verthold und Riehlung. Hierauf nahm die Versammlung den Bericht des Vertrauensmannes sowie die Abrechnung über die Kassenverhältnisse entgegen. Der Kassenbericht ist jedem Kollegen mit der Zeitung gedruckt zugehellt worden, infolgedessen kürzigt fast eine nochmalige Wiederholung der einzelnen Posten. Erwähnt sei nur, daß der Gesamteinnahme von M. 150 281,98 eine Gesamtausgabe von M. 98 531,89 gegenübersteht. Demnach verbleibt, jezt ein Kassenbestand von M. 51 750,29, der am 1. Januar 1906 M. 26 272,41 betrug. Ueber die Mitgliederbewegung ist folgendes zu berichten: Mitgliederbestand am 1. Januar 1906 3450, eingetreten 621, ausgetreten 708, abgereist 671, ausgeschieden 106, ausgeschieden 1, gestorben 19, zum Militär eingezogen 99, gestorben und abgereist ohne sich zu melden 319, mithin verbleibt ein Bestand von 3565. Die höchste Mitgliederzahl war im zweiten Quartal mit 4050 vorhanden. Außerdem arbeiteten im Jahre 1906 aus anderen Zweigvereinen 1078 Kollegen in Leipzig, die laut Statut ihre Beiträge hier am Arbeitsort zu entrichten haben. Der kirchliche Bericht (Kassengänge) erzielte sich in 759 Briefen und Karten, 6475 Kreuzbändern, 200 Tafeln nach 108 Orten. Ferner sind 841 Wohnungsummeldungen und 1431 Arbeitslosmeldungen entgegengenommen worden. Unterstützung an reisende Kollegen wurde in 162 Fällen gezahlt. Die Sterbunterstützung in 35 Fällen (19 Mitglieder, 16 Frauen) und Krankunterstützung erhielten 314 Kollegen für 10 860 Tage = 1843 Wochen oder durchschnittlich 45 Kollegen pro Woche. Wie schon im Vorbericht (siehe „Grundstein“ Nr. 4) erwähnt, ist die Bautätigkeit im Vorjahresjahr etwas besser gewesen als 1905. Dieses ist auch aus dem Markenumsatz zu sehen. 1906 sind 185 610, 1905 180 981 Marken verkauft. Arbeitslosensmarken sind verkauft 1906 1835, 1905 2985. Weiter führte Redner aus, daß eine Statistik über die Zugehörigkeit zur politischen Organisation sowie über die Frage, welche Zeitung die Kollegen lesen, aufgenommen wurde. Das Resultat ist schon im „Grundstein“ veröffentlicht worden. Zur Mailerei sei erwähnt, daß laut Kartenkontrolle 2560 Kollegen an den Mailerwerbungen teilgenommen haben. Bei den Unternehmern Brönne und Kornagel wurden

wegen der Mailerei 38 Kollegen gemahnt. Am meisten Arbeit hatte die Organisation im Vorlesenen Jahre mit der Lohnbewegung gehabt. Das Resultat war die Erhöhung des Stundenlohnes um 5  $\frac{1}{2}$  und die Abkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde am Sonntage. (Demnach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit jetzt 53 Stunden.) Im vergangenen Jahre ist das erste Mal der Versuch gemacht worden, den Ausschluß der mehr auf den Leib zu rücken; die näheren Angaben darüber sind aus dem Vorbericht zu sehen. Wegen Nichtbezahlen des tarifmäßigen Lohnes, schlechter Behandlung und schlechter Bauhuden machten sich sechs Bauherren notwendig; sie sind alle zu unseren Gunsten verurteilt. Hervorzuheben ist noch die Lohnbewegung der Malerzunft. Die erreichten durch Arbeitseinstellung bei achtstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 85  $\frac{1}{2}$ , vom 1. Januar 1908 bei achtstündiger Arbeitszeit 90  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. Auf Antrag der Meister wurde dem Vertrauensmann einstimmig Decharge erteilt. In der hierauf folgenden Diskussion verurteilten einige Redner, dem Vertrauensmann Vorwürfe über sein Verhalten bei der Lohnbewegung und in Sachen der Gewerkschaften unterbreitung zu machen. Diese Vorwürfe wurden unter der Zustimmung der Versammlung von den Kollegen Jacob und Verthold zurückgewiesen. Kollege Verthold wurde mit großer Majorität dem Verbandsvorstand wieder als Vertrauensmann vorgeschlagen.

**Lindau.** Am 10. Februar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung ab. Der erste Kassierer war in der Versammlung nicht anwesend. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand neu gewählt. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Kollege Anton Brähler, als erster Kassierer Kollege Joseph Niedermeyer. Der neugewählte Vorsitzende erklärte die Kollegen, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen und die Verwaltung nach Kräften zu unterstützen. Es wurde noch beschlossen, die Hauskassierung einzuführen, die der Kollege Mayer übernahm. Die Versammlung wurde um 12 Uhr geschlossen. Nächste Versammlung am 24. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde“.

**Wienberg.** Der hiesige Zweigverein hielt am 10. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Rohner aus Pignitz führte den Kollegen die jetzige gesellschaftliche wie politische Lage in harter Weise vor Augen. Die Zustimmung der Kollegen bewies, daß auch hier etwas mehr Licht in dieser Beziehung in die Köpfe dringt. Nach dem Vortrage wurde die Delegiertenwahl vorgenommen. Zum Schluß wurden die Kollegen ansehernd, in den Wahlverein einzutreten und dafür tätig zu sein, damit auch hier größere Erfolge erzielt werden können. (Der Fortsetzung der Polemik mit den hiesigen Kollegen müssen wir abschnen. Jeder Teil ist einmal zum Worte gekommen, und das dürfte genügen. Die Red. des „Grundstein“.)

**Manheim.** Die hiesige Baufelle hielt am 29. Januar ihre Jahresgeneralversammlung ab. Die Baufelle hat jezt, im Winter, 490 Mitglieder. Der Versammlungsbesuch läßt immer noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Reden werden in späterer Zeit zu ihrem Edahen einsehen lernen, wie berichtet es ist, in ruhigerer Zeit zu bevorstehenden Kämpfen nicht gerüstet zu haben. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem im Laufe des Vorlesenen Jahres verstorbenen Mitgliedern die übliche Ehrung zu teil. Hierauf gab der Vertrauensmann den Jahresbericht. In reichhaltig einfindigem Vortrage gab Redner ein Bild von der Entwicklung der Baufelle in der Verwaltung und der Entwicklung der Bauwirtschaft mit ihren sehr guten, teils schlechten Begleiterscheinungen. Gut war es, daß wir in der Lage waren, verschiedene Male Kollegen aus anderen Zweigvereinsgebieten, die gezeugen waren, Straß zu führen, hier in Arbeit zu bringen. Die Unternehmer konnten infolge der gesteigerten Bautätigkeit in aller Ruhe ihre Mietsprofite einheimen. Die von den Wäurern zu Beginn des Jahres erzielte Keunungsulage konnten sie rundweg ab. Trotz dieser günstigen Lage gelang es nicht, im allgemeinen bessere Zustände herbeizuführen. In der Frage des Baugewerkschaftes ist alles beim alten geblieben. Bei der Anstellung eines Bauaufsichters wurde wiederum die Bauarbeiterchaft in gar keiner Weise berücksichtigt. Ein Teil der Kollegen kann immer noch nicht begreifen, daß durch die tatsächlich erfolgte Erigerung der Arbeitskraft einem Teil der Kollegen Brot und Verdienst, einem anderen Teil der Glaube an die Solidarität geraubt wird. Es wird klage geführt darüber, daß der Stadtrat die Bitte der Bauarbeiter um vorzugsweise Beschäftigung bei städtischen Bauten einfach in den Papierkorb wandern ließ. Was man den Handwerkermeistern gewährt, das verlag man den Arbeitern. Wir erinnern nur an den Bau der Kunsthalle, den der Unternehmer Fesender erfüllt hat. In dieser Beziehung hat die Bauarbeiterchaft in bezug auf die Psychologie der Stadterhaltung und des Unternehmertums recht lehrreiche Erfahrungen gemacht. Die Agitation wurde durch die Herausgabe des Flugblattes des Hauptverbandes eingeleitet. Es wurde ferner ein Flugblatt des Zweigvereins verbreitet. 24 Mitglieder und 3 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Die Mitgliederzahl blieb auf konstanter Höhe: Die uns angeschlossene Sektion der Zementierer hatte im Frühjahr eine Lohnbewegung zu bestehen, die zu unseren Gunsten verlief. Den Kassenbericht gab Kollege Walle. Der Kassenbestand der Baufelle beläuft sich demnach auf M. 176. Nur durch Einführung des Wintermonatsbeitrages war es möglich, einen solchen günstigen Abschluß herbeizuführen. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein Antrag, den Beitrag auf 5  $\frac{1}{2}$  herabzusetzen und künftig auch im Sommer zu erheben, wurde vorläufig zurückgestellt. Die hierauf folgenden Wahlen ergaben: Vertrauensmann der Baufelle Gerhard Schent, in Vertretung, H. Fischer, Kassierer. Die anderen Punkte der Tagesordnung wurden verlag. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Horter erreichte die Versammlung ihr Ende.

**Oberstlesien.** Am 10. Februar tagte in Dörsch eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in der Kollege Hermann Waude zugegen war. Er gab den Bericht der Vertrauenskommission, die am 8. Februar mit dem Arbeitgeberverband eine Sitzung abgehalten hatte. Der Abschluß des Vertrages wurde genehmigt. Es folgte dann die Gründung eines Zweigvereins. Kollege Waude legte klar, daß es notwendig sei, mehr Personen zu der Verwaltung der Organi-

salion heranzuziehen. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Koch, als erster Kassierer Karl Wapfel.

**Trebitz.** Sonntag, den 3. Februar, tagte eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins. Die Kollegen nahmen Stellung zu den Lohnforderungen, die im vergangenen Jahre an die hier in Betracht kommenden Unternehmer gestellt worden sind. Es konnte bei den beiden Unternehmern J. Kropp in Trebitzsch und Samant in Gottscham nichts erreicht werden. Dagegen kam mit dem Maurermeister Widom in Trebitzsch für die Jahre 1906 und 1907 ein Tarif zu Stande. Um zu vermeiden, daß die beiden Unternehmer länger und billiger arbeiten können, wurde beschlossen, noch einmal bei ihnen vorstellig zu werden. Sollte keine Einigung erzielt werden, so soll zu geeigneter Zeit über die beiden Geschäfte die Sperte verhängt werden.

**Eine unzulässige Geldsammlung veranlaßte Kollege G. Müller in Straußberg.** um ihr sich ein Haus zu bauen. Kollege Müller ist mit seiner starken Familie in arge Not geraten und auch fast völlig obdachlos geworden. In diesem elenden Werke sollen auch einige Ordnungsgelassen mitgehoben haben. So traurig nun auch gewiß die Lage des Kollegen sein mag, eine große Organisation darf nicht zulassen, daß einzelne innerhalb des Verbandes Sammlungen vornehmen, wie es Kollege Müller getan hat. Inmitten der gedruckten Zirkulare an die Zweigvereine verhandelt, worin er um Anwendung von Geldbeträgen bat. Nach unseren Informationen liegt die Sache hier so, daß auch die eventuell eingehenden Summen dem Kollegen Müller nicht helfen können, sondern nur zur Befriedigung der Grundbedürfnisse dienen würden. Aus allen diesen Gründen müssen wir den Zweigvereinen raten, dem Ersuchen um finanzielle Beihilfe nicht stattzugeben.

### Beiträge zum Lehrlingswesen.

„In Nr. 6 des „Grundstein“ bringt der Kollege Barmhof in Hannover einen Artikel über das Lehrlingswesen in seinem Gau. Er hat jedoch nur auf einen Teil seines Organisationsgebietes Bezug genommen; für den übrigen Teil mögen ihm die nötigen Unterlagen gefügt haben. Wenn jemand die Worte „Lehrlingszucht“ und „Ausbeutung“ Berechtigung gehabt haben, so ist dies in diesem Bezirk der Fall. (Auch möchte nur auf den Regierungsbezirk Hildesheim noch etwas näher eingehen. Wenn schon, wie der Bericht des Kollegen Barmhof zeigt, die Stadt Hildesheim in bezug auf die Lehrlingszucht und Ausbeutung mit an erster Stelle steht, so trifft dies noch weit mehr auf die Kreisstädte und Dörfer zu. Insbesondere dieses hat in dieser Gegend, und zwar auf einem Dorfe im Kreise Gronau a. d. R. seine dreifache Arbeitszeit für 70  $\frac{1}{2}$ , 90  $\frac{1}{2}$  und 11  $\frac{1}{2}$  bei gleichzeitiger Arbeitszeit absolviert, er kann deshalb aus Erfahrung sprechen. Nicht selten kommt es vor, daß sich die Arbeiter auf den Dörfern, die nebenbei alle in der Gegend angehören, bei 10 bis 15 Stellen mindestens dieselbe Anzahl von Lehrlingen halten. Bauhilfsarbeiter (zwischene Leute) gehören größtenteils zu den Augustartikeln in unserem idyllischen Reineck. Wohl kommt es vor, daß auf solchen Bauten ein Arbeitsmann (der Speisemacher) vorhanden ist, alles übrige aber müssen die Lehrlinge besorgen. Nicht selten kommt es vor, daß auf einem Bau jungen Leute im letzten Lehrjahre dürfen es sich schon einmal erlauben, d. h. wenn sie Zeit dazu haben, Sommer und Stelle in die Hand zu nehmen, um Maurerarbeit zu verrichten. Aber die sogenannten ein- und zweijährigen müssen intensiver bei der Zubereitung und bei dem Transport des Materials tätig sein, soll nicht eine allgemeine Störung am Bau eintreten. Und dann, nach die ewige Steinerarbeit! Die Lehrursachen müssen die Steine erst in Schiefelarten an die Leitergänge heransportieren, und dann wird alles am Bau zusammengeführt, um die Steine an den Ort zu schaffen, wo sie verarbeitet werden sollen. Es geschieht dies in der Weise, daß die Mannschaften auf der Leiter einer über dem anderen Stellung nehmen und sich nun die Steine gegenseitig zuwenden. Es werden jedesmal zwei Steine genommen, die, wie die Steine nach jüd, 14 bis 16 Pfund schwer sind, viele Arbeiter nehmen oft mehrere Stunden in Anspruch. Welche Wirkung sie auf den Organismus eines eben aus der Schule entlassenen jungen Menschen ausüben, kann der am besten beurteilen, der sie selbst mitgemacht hat.

Im Sommer werden die an dem einen oder anderen Bau überlassenen jugendlichen Hilfsarbeiter (von Lehrlingen kann ja in Wirklichkeit keine Rede mehr sein) zu landwirtschaftlichen Arbeiten verwendet, denn die Meister betreiben als Nebenberuf in vielen Fällen auch noch eine ausgedehnte Landwirtschaft. In diesem Falle tritt dann der dritte Jahrgang der Lehrlinge wieder als Speiseträger und Steinerarbeiter in Funktion, so daß von einer Ausbildung im Fach absolut keine Rede sein kann. Es kommt denn auch fast durchweg vor, daß solche jungen Leute, wenn sie ihre Lehrzeit nach Ablegung eines primitiven Gesellenstückes, wobei sie, nebenbei bemerkt, in jedem Falle ihr oftmals monatlang erpartes und sauer verdientes Geld den am Bau beschäftigten Gesellen für Bier usw. opfern müssen, beendet haben, nicht weiter beschäftigt werden. Wenn ein solcher junger Geselle höchsten Lohn verlangt, so sagt ihm der Meister: „Du kannst ja noch nicht! Wils hast Du auch keinen Anspruch auf höheren Lohn.“ Ober er wird, wie der Unterzeichnete, einfach entlassen.

Nach einer weiteren infamen Ausbeutung der Lehrlinge wird in diesem Bezirk betrieben. Es besteht darin, daß die jungen Leute während der Wintermonate in Steinbrüchen der Lehrmeister verwendet werden. Wegen die Arbeit während der Winterzeit wäre an sich nichts einzuwenden, denn manche Arbeiterfamilie oder eine alte Mutter ist oft auf den schmalen Verdienst ihres Sohnes angewiesen. Aber das System, das dort am Platze ist, ist auf das entsetzlichste zu verurteilen. Statt den Lehrling im Fach durch Anweisung im Bauen der Quadersteine auszubilden, denn dies gehört in der dortigen Gegend mit zum Maurerberuf, weil in den allermeisten Fällen die Sodel der aufzuführenden Bauten aus Pausen in der dortigen Steinbrüche angefertigt werden, müssen die jungen Leute Tag für Tag neben extrafertigen Steinbrü-







besgl. Birkenfeld-Neubau, M. 290.000. — Eisenbahnstation Stettin: Erweiterung des Bahnhofes Ungerstraße, M. 2214.000.

\* **Submissionen.** Zur Vergabe der Arbeiten zur Herstellung eines Vier-Familienhauses für Unterbeamte auf dem neuen Bahnhof bei Wader, einschließlich Lieferung sämtlicher Materialien mit Ausschluß der Ziegelfabrik, des Kalks und des Zementes, sowie mit Ausnahme der Dachbedeckung waren folgende Angebote eingegangen: Schmidt-Möller M. 15048,94, Minow-Thorn M. 12906,36, Schwarz-Thorn M. 13291,95, Teufel-Thorn M. 13640,56, Hoffmann-Thorn M. 12692,05, Homann-Thorn M. 16036,58, Hofmann & Wichterl-Thorn M. 12063,93, Immann-Thorn M. 16505,81, Rann-Thorn M. 14443,25, Wytrawski-Podgorz M. 11631,93, Müller-Thorn M. 12812,45, Bartel-Thorn M. 12814,04, Rahn-Möller M. 12710,98, Stader-Thorn M. 13855,56, Hinz-Thorn M. 12126,33.

Zur Vergabe der Arbeiten für Herstellung eines Nebengebäudes auf dem Hauptbahnhof Thorn wurden folgende Gebote abgegeben: Los 1. Maurer, Mauerwerk und Steinmauerarbeiten: R. Schmidt-Möller M. 15.935,25, B. Bartel M. 13.338,76, G. Hoffmann M. 13.545,38, A. Schwarz M. 12.447,32, W. Müller M. 12.412,22, B. Minow M. 12.056,35, W. Müller M. 11.881,03, Friedr. Hinz M. 11.029,91, Wytrawski-Podgorz M. 10.989,83, G. Soppart M. 10.785,64, Rann M. 10.684,62, Friedr. Rahn M. 9.837,42. — Los 2. Zimmer- und Kleiderarbeiten: B. Müller M. 14.749,39, A. Schwarz M. 14.281,36, F. Rann M. 14.074,87, W. Minow M. 13.999,61, G. Müller M. 13.407,78, Wytrawski-Podgorz M. 13.282,91, G. Soppart M. 13.279,05, J. Hoffmann M. 12.518,18, Friedr. Hinz M. 12.183,15. — Los 3. Dacharbeiten: A. Hermann M. 2641,64, Falt-Grauberg M. 2641,64, W. Bartel M. 2507,89, Merzen-Grauberg 2 Angebote, M. 1872,54 und M. 2407,67, Hubert-Gulmick M. 2394,19, Dachpappenfabrik-Grauberg M. 2324,40, Ullmann-Podgorz M. 2307,28, Gebr. Richter-Gulmick 2 Angebote, M. 2153,50 und M. 2108,63, Werner u. Co.-Bromberg 3 Angebote, M. 1805,68 (ohne Katten), M. 1939,23 und M. 2206,71.

### Aus Unternehmerkreisen.

\* **Mengrührungen.** Ueber die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Reife gebracht die „Ostdeutsche Baugewerkung“:

„Hier fand eine äußerst zahlreiche Versammlung von Arbeitgeberern des Baugewerbes der Kreise Reize, Neustadt, Grottau und Falkenberg statt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Breslau, Regierungsbauinspektor Wolfmann, sprach über Gründung eines Arbeitgeberverbandes. Unter lebhafter Zustimmung aller Anwesenden wurde beschlossen, gegen das fortschreitende und anwachsende Aufsteigen der Arbeiterorganisation Stellung zu nehmen und einstimmig wurde ein Arbeitgeberverband für die genannten Kreise gegründet. Er schließt sich sofort dem Provinzial-Arbeitgeberverband für Schlesien und dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an. Zum Vorsitzenden des neugegründeten Vorstands wählte die Versammlung Maurermeister Anders in Reize.“

\* **Die „Ostdeutsche Baugewerkung“** bringt einen Artikel, der den Ablauf der Tarifverträge im Jahre 1908 behandelt. Der Artikel nimmt geradezu von Unrichtigkeiten, die uns aber, soweit sie ihren harmlosen Ursprung in der Unwissenheit des Verfassers haben, nicht weiter aufhalten sollen. So wird beispielsweise aus Berlin unter den Orten genannt, deren Tarifverträge im Frühjahr 1908 abliefen, während, was wohl jedes Verbandsmitglied wissen dürfte, der Berliner Vertrag schon am 31. März dieses Jahres abläuft. Doch das sind belanglose Schnitzer, die keinen weiter schmerzen, als den Verfasser. Anders ist es aber mit folgender Auslassung:

„In dieser Resolution (die in den außerordentlichen Versammlungen angenommen wurde. D. R.) ist besonders der erste Satz von Interesse, der wieder einmal klar beweißt, mit welcher verwerflichen Mitteln die Arbeiterorganisationen ihre Zwecke zu fördern suchen. Es wird von fortgesetzten „Drohungen“ der im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe organisierten Unternehmer gesprochen, dahingehend, daß die Arbeiter in großer Zahl ausgeperrt werden sollten, um dadurch die „Verbandsfrage zu sprengen“ und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu hinterziehen. Die Arbeiterführer, die ihren Erfolgschancen mit berechtigten Bedenken kommen, müssen die Denkfähigkeit der Arbeiter allerdings recht gering einschätzen. Wenn man nicht so genau über die Absichten und Machenschaften der Herren unterrichtet wäre, dann könnte man sich wirklich über solch dreiste Unwahrheiten noch wundern. Jeder einigermaßen vernünftig denkende Mensch weiß ganz genau, daß eine Ausperrung seitens der Unternehmer wohl noch niemals veranstaltet wurde, ohne daß ein Streit vorangegangen ist.“

Die Redaktion der „O. B. Z.“ stellt sich, als sei ihr von irgendwelchen Drohungen, durch große Ausperrungen die Organisation der Arbeiter zu schwächen, resp. kampfunfähig zu machen, nicht das mindeste bekannt. D. h. sie stellt sich auch nur so. Denn in Wirklichkeit ist ihr natürlich so gut wie uns bekannt, wie die verschiedenen Ausperrungen der Oberbändler, so oft in scharfen und scharfen Kampftönen gegen uns ausgingen. Wir glauben, es nicht nötig zu haben, sie unter Anführung genauer Daten davon zu überzeugen, daß sie es doch wußte, als Redaktion eines Unternehmervorgangs es zu wissen mußte. Trotzdem beschuldigt sie unsere Verbandsleitung der bewußten Unwahrheit. Ein solches Beginnen ist alles andere, nur nicht ehrlich und anständig. Der Unwissenheit der „O. B. Z.“ ist es wohl nur zuguschreiben, wenn sie behauptet, jeder denkende Mensch wisse ganz genau, daß eine Ausperrung seitens der Unternehmer noch niemals vorgenommen worden sei, wenn nicht vorher ein Streit bestanden habe. Ihre überausende Unkenntnis der wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe wollen wir hier nicht zum Vorwurf machen, aber, daß sie sich trotz dieser ein Urteil in diesen Sachen anmaßt, das finden wir über alle Maßen leichtfertig und darum tadelnswert. Zur Bezeichnung sei ihr, aus der Länge der Fälle, wie tatsächlich ausgeperrt wurde, ohne daß ein Streit vorausgegangen war, nur ein Fall mitgeteilt. Wir erziehen uns

aber, ihr einige Duzend namhaft zu machen, falls sie Verlangen danach trägt. Im Jahre 1905 wurde im Monat März für die Kemter Gladbek, Forst und Buer i. B. ein Tarifvertrag abgeschlossen, ohne daß es eines Streiks bedurft hätte. Dann kam die Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Unternehmer dieser drei Gmter sperrten ihre Maurer aus, ohne daß es denen auch nur im Traum eingefallen wäre, zu streiken; ja, das dortige Baugewerbe hatte überhaupt noch niemals einen Streik gesehen. Trotzdem sperrten die Unternehmer die Maurer aus, und sogar unter Bruch eines vor wenigen Wochen feierlich abgeschlossenen Tarifvertrages.

Also berechtigt „O. B. Z.“ nicht so voreilig! Die Absicht ist zwar recht löblich, aber es gehört doch eine etwas gründlichere Kenntnis der Tatsachen dazu, um sie mit Erfolg ausführen zu können. Es geschehen eben viel Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen sich mancher in aller seiner Schulweisheit nichts träumen läßt.

### Aus anderen Berufen.

\* **Die Fleischergehilfen in Eisenberg (S.-A.)** stehen seit dem 10. Januar im Streit. Sie fordern einhundert Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden mit 40 % und Verringerung der Sonntagsarbeit auf Vorfälle. Die betreffenden Forderungen lehnen die Fleischermeister und Geschäftsführer ab, und sie lehnen auch das Gewergericht als Einigungsamt ab. Sie verlangen bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit, Austritt aus der Organisation und außerdem noch Aufhebung des inzwischen seitens des Gewerkschaftsrates im Einverständnis mit der Streikleitung verhängten Boykotts. In den Streit getreten waren 142 Geheilen; etwa die Hälfte ist noch zu unterkriegen. Die Hauptbedenken der Eisenberger Fleischermeister sind Konsumvereine, Warenhäuser, Fleischerwarenhändler usw., die diese Warenhäuser unter dem Namen „Eisenberger Fleischer- und Warenhaus“ in den Handel bringen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Waren bis auf weiteres sämtlich boykottiert sind. Die gewerkschaftlich organisierten Fleischerhändler wollen besonders darauf achten, daß die Geschäftsleitungen der Konsumvereine von dem Boykott Kenntnis nehmen, bzw. erhalten, und demgemäß die boykottierte „Eisenberger Wirt“ solange nicht hellhalten, wie der Boykott dauert.

\* **Die „Metallarbeitergewerkung“** hat mit der Nr. 7 vom 16. Februar eine Auflage von 350.000 erreicht. Am 22. September 1900 war die Auflage auf 100.000, am 3. Dezember 1904 auf 200.000, am 28. April 1906 auf 300.000 angewachsen. Im Laufe von neun Monaten ist die Auflage jetzt um 60.000 gestiegen. Im selben Tempo hat sich die Mitgliederzahl des Verbandes gesteigert. Sie liegt im Jahre 1904 um 40.000, 1905 um 60.000 und 1906 um circa 70.000. Gegenüber diesen Erfolgen verzeichnen die christlichen und kirchlich-dunkelschen Streikbrecherorganisationen gänzlich.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“, Heft 20 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt hebt wir hervor: Nach dem Wahlen. — Die Konferenz der Parteiführer. Von Karl Ernst. — Die Parteipolitik der letzten Jahre in Deutschland. Von Paul Dange (Moskau). — Die Verdränger der christlichen Gewerkschaften. Von Joh. Reimpeters. — Das Wahlergebnis in Sachsen. Von Hans Wlod. — Der 25. Januar in Schwaben. Von Otto Braun (Königsberg). Die Wahlen in Bayern. Von Adolf Braun. Die „Neue Zeit“ kostet pro Heft 25 Pf.

„Der wahre Jacob“, Nummer 4 des 24. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder, deren eines ein Vergleichsbild zwischen Hillem und Hillem über die deutsche Reichstagswahl, das andere Hillem's erste Zeit nach der Reichstagsauflösung darstellt. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Briefkasten.

Lübeck, R. Auf die Richtigkeit des Manuskripts können wir uns nicht einlassen.

Altona, „freundl.“ Maurer. Die Aufnahme des Schriftstellers, der Bezug nimmt auf den Versammlungsbericht aus Sommer in Nr. 7 unserer Warte, lehnen wir ab, da die „freundl.“ Maurer Altonas in dem hiesigen Bericht mit keinem Worte erwähnt sind und wir die Altonaer „freundl.“ Maurer nicht als genügend legitimiert erachten, sich zum Vertreter der angeführten hiesigen Maurer auszusprechen.

Zwei Streikende. Wenn die Staatsanwaltschaft die Verfolgung eines Verbrechens oder Vergehens ablehnt, so kann dagegen Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft und gegen einen etwaigen ablehnenden Bescheid dieser Behörde Beschwerde beim Oberlandesgericht erhoben werden. Ein fremdes Land, also auch England, liefert auf das Ersuchen einer Privatperson keinen Menschen aus. Wenn Verfolgung auf der Erde erfolgt ist, so darf der Festnahmestricher sie dem Gerichtsberechtigten nicht ausliefern.

Verfahrenen, M. C. Dadurch, daß die Arbeiter die Arbeitsordnung unterschreiben, ist sie rechtsverbindlich für sie geworden; ob sie den Inhalt kennen oder nicht, kommt dabei gar nicht in Frage. Man soll eben vorher lesen, ehe man unterschreibt. Anspruch auf Zurückzahlung der geleisteten Beiträge werden die Arbeiter wohl kaum haben.

Gülfow, W. G. — Buch Nr. 8227. Das Gesetz um Verletzung muß an die Bundesregierung gerichtet werden; der Vorkat hat damit nichts zu tun. Gerichtskosten verfahren erst in 30 Jahren. Wer innerhalb dieser Zeit zu Gelde kommt, muß die Kosten bezahlen.

Fürstentum. Vorstand. Wenn in dem Bericht vom 21. Januar weiter nichts enthalten war, als die Namen der neugewählten Vorstandsmitglieder, so ist er aus diesem Grunde nicht aufgenommen worden. Es kann doch die Leser des „Grundstein“ durchaus nicht interessieren, welche Kollegen der dortige Vorverein zu seinen Vorstandsmitgliedern erkoren hat, und die dortigen Kollegen hätten ja in die Versammlung gehen können, wenn ihnen etwas daran gelegen war, zu wissen, wer in den Vorstand gewählt wurde. Eine Art Protokollbuch soll doch der „Grundstein“ schließlich nicht sein.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

Berlin. Am 8. Februar starb unser altes Mitglied **Emil Kleiber** im Alter von 82 Jahren an der Prostatierkrankheit.  
Böhm. Am 9. Februar starb unser treuer Verbandskollege **Julius Pfankuche** im Alter von 25 Jahren durch Unfall.  
Chemnitz. Am 12. Februar starb unser Mitglied **Karl August Hähle** im Alter von 40 Jahren an Lungenemphysem.  
Dresden. Am 10. Februar starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Gustav Sattler** im Alter von 52 Jahren an Magenkrebs.  
Dornheim. Am 16. Februar starb unser Verbandskollege **Heinrich Schneiker** im Alter von 41 Jahren an Lungenemphysem.  
Gaderleben. Am 5. Februar starb plötzlich unser treuer Mitglied **Jens Paulsen** im Alter von 51 Jahren an Herzschlag.  
Hannover-Münden. Am 15. Februar starb unser Verbandskollege **Willi Henze** in Okerode im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.  
Karlsruhe-Zählingen. Am 11. Februar starb unser Kollege **Karl Dehm** im Alter von 66 Jahren an Herzleiden.  
Mainz. Am 16. Februar starb unser Ehrenmitglied **Wilhelm Lang** im Alter von 66 Jahren an Lungenentzündung.  
Neustadt a. d. Saale. Am 13. Februar starb unser Mitglied **Friedrich Stoner**, 49 Jahre alt, an der Prostatierkrankheit.  
Prenzlau. Am 10. Februar starb nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege **Gottlieb Zeitlitz** im Alter von 57 Jahren an Lebererkrankung. Der Verstorbenen war Mitbegründer des Zweigvereins.  
Straßburg. Am 14. Februar starb unser langjähriges Mitglied **Max Reetz** im Alter von 86 Jahren an Lungenemphysem. Der Verstorbenen war Mitbegründer unserer Zählstelle.  
Weichenfels. Am 12. Februar starb unser treuer Verbandskollege **Gustav Bernstein** an Lungenemphysem. — Am 14. Februar starb unser treuer Verbandskollege **Karl Schulze** im Alter von 47 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

#### Perleberg.

Die Adresse des Vorsitzenden ist: **Friedrich Schwartz**, Koloniestr. 20, die des Kassierers: **Otto Rahn**, Koloniestr. 14. [M. 1,50]

#### Wiesenburg i. d. M.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß der Kassierer **Otto Heinrich** in Schlaman jeden Sonntag nach dem 1. Sonntag nach dem 10. — 12 Uhr in seiner Wohnung und jeden Sonntag nach dem 15. in der Versammlung Beiträge entgegennimmt. Das Versammlungstafel ist beim Gastwirt **Müller** in Schlaman. [M. 2,40] Der Vorstand.

#### Lukenwalde.

Sonntags, 23. Februar, bei Wld. Mittag, Bahnhofstraße:

#### Fastnachtsvergnügen

bestehend in Theater und Ball.  
Sämtliche Kollegen von Lukenwalde und Umgebung sind hierzu eingeladen. [M. 2,70] Das Komitee.

#### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. Februar.

Allstedt. Nachm. 2 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. L. O.: Bekanntgabe der Schriftsätze von den Weirern und Verkaufslösung darüber.  
Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der „Zentralhalle“. Die Mitglieder sind mitzubringen.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr in der „Plantage“.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im Röntgenhof. Wichtige Tagesordnung. Referent: am Ende.

Greene. Nachm. 3 Uhr in der „Zentralhalle“ beim Gastwirt Wld. Referent: Kollege Wilmshof.

Idstedt. Nachm. 3 Uhr. Wahl eines ersten Kassierers, eines Schriftführers sowie des Referenten.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr bei Wld. im Markt 18. Wichtige Tagesordnung.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr im Lokal des Herrn Wldshof. Vortrag des Kollegen Otto Reumann aus Berlin.

Diebstahl, den 26. Februar.

Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonntags, den 2. März.

Sagan. Abends 8 Uhr. Pünktlich erscheinen.

Sonntags, den 3. März.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr im Thomashof Lokal.

Lieschn. Nachm. 3 Uhr bei Reitzel.

#### Öffentliche Maurerverversammlung.

Sonntags, den 3. März.

Dahlen i. S. Nachm. 4 Uhr im „Gasthaus zum goldenen Anker“. Die Mitglieder sind mitzubringen. Jeder Feststehende erhält eine Karte.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.